

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

20 (24.1.1908)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144. Erschließung der Redaktion: 12—1/2 Uhr. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Residenz, Letzte Post, Feuilleton und Unterh. Beilage: A. Weiskmann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Die sozialdemokr. Wahlrechtsinterpellation im Reichstag.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns über die Mittwochssitzung noch:

Der Zweck der Wahlrechtsdebatte, die am Mittwoch von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags auf dem Wege der Interpellation erzwungen wurde, war zunächst, den Massen des Volkes klaren Einblick in die politischen Verhältnisse zu eröffnen, die durch die Erklärung des Fürsten Bülow vom 10. Januar und die folgenden Ereignisse neu geschaffen wurden, in zweiter Linie aber auch, den Parteien des Reichstags Gelegenheit zu geben, sich in diesen unangenehmen Verhältnissen neu zu orientieren.

Die erste Absicht ist durch die Reichstagsverhandlung vom 22. Januar vollständig erreicht. Im Protokoll bleibt ein geschichtliches Dokument der Borniertheit herrschender Verhältnisse, ein nie verfallendes Agitationsmittel der Aufregung und der Empörung. Wie weit aber die zweite Absicht erreicht ist, nämlich die Parteien zu einer klaren Stellungnahme zu nötigen, darüber können die Meinungen geteilt sein.

In einem Lande parlamentarischer Sitte würde Bernhard Bülow unter gleichen Umständen zur Stunde angesetzt haben, Reichskanzler zu sein. Er hat die Verantwortung der sozialdemokratischen Interpellation abgelehnt, der Reichstag hat die Besprechung beschlossen. Mit der sogenannten „schwarz-roten Koalition“ stimmte auch der Freisinn geschlossen für die Besprechung, und das alte nationalliberal-konservative Kartell blieb in der Minderheit. Die politischen Stupiditäten, die der Reichskanzler im rüdesten Kommandoton hervorrief, fanden auf der äußersten Rechten tobenden Beifall, alle andern bürgerlichen Parteien hüllten sich in Schweigen.

Es war keine Stimmung für Bülow, man will mit ihm Geschäfte machen, aber man schämt sich doch ein wenig offen zu diesem Mann zu stehen, dem sein Verstand ausging und der für die Forderungen des Volkes keine andere Antwort weiß, als rüpelhafte Drohungen der brutalen Gewalt. Der Zusammenhang der Mehrheit (man sprach scherzhaft vom neuen Block) war aber nicht bloß ein formaler, er war auch sachlich begründet. Eine Mehrheit des Hauses bestehend aus Sozialdemokraten, Freisinnigen und Zentrum nahm gegen die Behauptung Bülows, daß das Reichswahlrecht mit dem preussischen „Staatswohl“ nicht vereinbar sei, sachlich in unzweideutiger Weise Stellung. Waren diese sachlichen Erklärungen des Zentrums und des Freisinns so gemeint, wie sie vorgetragen wurden, dann ergibt sich daraus die Tatsache, daß sich der Reichskanzler in der Grundfrage unseres politischen Lebens in schärfstem Gegensatz befindet zur Mehrheit des Reichsparlaments.

In jedem europäischen Staat, Preußen-Deutschland, Ausland und die Kürze ausgeschlossen, würden unter solchen Umständen nicht bloß die Lage, sondern auch die Stunden und Minuten eines Ministers gezählt sein.

Im deutschen Reichstag freilich ist es nicht so gemeint. Fragt man sich, wo am 22. Januar der berühmte Bülow-Block war, so muß man sagen, er war nicht zu bemerken. Aber er war nur unter die Oberfläche getaucht, und wird morgen wieder oben schwimmen. Er ist kein eherner Felsen, sondern ein ungeschlachtetes Stück Korf.

Zum zweitenmal hat der Freisinn unterlassen, die Stunde zu nützen, wie er sie nützen mußte. Er hat sich am Mittwoch zwar nicht mehr auf den schändlichen und schämlichen Standpunkt der Passivität und Furcht gestellt, aber noch weniger auf den energischen und ehrenvollen der Barth und Rothhoff; er blieb in der weinerlichen Mittel-Lage des Herrn Raumann, und während er in allen Tonarten die politischen Grundzüge des Ministerpräsidenten Bülow mit denen der Freisinnigen im Reichstag übereinander erklärte, hütete er sich doch, ein letztes Wort über den Block zu sprechen und das Vertrauensvotum vom 5. Dezember ausdrücklich zu widerrufen.

Die Schwächlichkeit und Unentschiedenheit dieses freisinnigen Verhaltens war umso schlimmer, als Fürst Bülow die Schöffheit seiner Erklärung vom 10. Januar diesmal noch durch läppische Plumpheit weit übertraf. Einem solchen Reichskanzler gegenüber hat es für eine Volkvertretung, welche die ihr anvertraute Ehre des Volkes hochhält, nur eine Antwort, und die lautet: „Hinaus mit ihm!“

Das ist offenbar auch die einzige Sprache, die ein Mann wie Fürst Bülow noch verstehen würde. So wie er als geschmeidiger Höffling auch zeitweilig die Ungnade seines Herrn erträgt, sich auf bessere Zeiten verträufelnd, so harret er auch in den Ungewittern des Volkszorns unter den ihn — trotz aller Höflichkeit und Vorsicht — doch sachlich scharf verurteilenden Mehrheitsvoten der Volkvertretung geduldig aus — als der Typus eines politischen Klebers.

Es ist in Deutschland vor zwanzig Jahren Sitte geworden, Reichskanzler und Ministerpräsidenten zu verabschieden, indem man sie plötzlich aus der Hofequipage aussteigen läßt. Es wäre die Pflicht des deutschen Reichstags gewesen, dem gegenwärtigen Reichskanzler den Weg zur Tür zu zeigen, noch ehe er freiwillig mit dem stelsbeinigen Pathos eines Schmierentombodianten davonstiege.

Der deutsche Reichstag hat sich in seiner Mehrheit am 22. Januar dieser Forderung des Augenblicks nicht gewachsen gezeigt. Die bürgerlichen Parteien haben, indem sie den Reichskanzler schonen wollten, dessen Niederlage nicht verhindern können, sondern nur sich selber eine moralische Niederlage zugefügt. Das gilt ganz besonders von den Nationalliberalen, deren Redner Boffermann ganz auf die Seite des Herrn Kretsch fiel, das gilt aber auch vom Zentrum und dem Freisinn. Die Sozialdemokratie wird ihre harte Aufgabe, diese bürgerlichen Parteien zur Pflichterfüllung zu erziehen, in verächtlichster Weise fortsetzen müssen, sie wird aber auch nach dem stolzen Erfolg dieses Tages dabei noch mehr als bisher mit der wirksamen Hilfe des Volkes rechnen dürfen.

Ein bürgerliches Urteil über die Bülowrede.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Fürst Bülow hatte sich nach dem Diktat der „Deutschen Tageszeitung“ gerichtet. Jetzt aber ging er plötzlich auf ein Thema ein, das gar nicht zur Verhandlung stand, nämlich auf die gestrigen Zusammenkünfte am Reichstagsufer. Diese Vorgänge haben nicht das geringste mit dem Wahlsrecht zu tun; sie stehen höchstens zur Arbeitslosigkeit in Verbindung. Aber Graf Stolberg ließ den Reichskanzler voll Langmut weiter reden. So wurde eine der dümmlichsten Szenen probiziert, die der Reichstag bisher erlebt hat. Dabei läßt sich nicht verhehlen, daß diese ganze Erörterung an den Haaren herbeigezogen war. Es handelte sich einfach um einen Schachzug des Reichskanzlers, die Wäde von seiner Schwachen, ja unhaltbaren Position in der Wahlrechtsfrage abzulenken, und ihm einen wirkungslosen Abgang zu schaffen. So warf er sich denn in die Brust, sandte eine „ernste Mahnung“ in das Land hinaus, erklärte pathetisch, daß die Straße dem freien Verkehr gehörte, verwahrte die Regierung dagegen, daß sie sich etwas „abtroken“ lasse, und bedrohte die „Anführer und Verführer“ mit den Folgen der gestrigen Zusammenkünfte zwischen Arbeitslosen und Polizei.

Dieser pathetischen Erklärung folgte dann der übliche urkomische Exodus der Bundesratsmitglieder mit dem Reichskanzler an der Spitze.

Ueber das Blutbad in Berlin

Am Dienstag gibt der „Vorwärts“ noch die folgende anschauliche Schilderung, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Er hat festgestellt, daß es zu furchtbaren Attaken auf friedlich dahinziehende Personen gegen 3 und 4 Uhr Nachmittag zwischen der Marschall- und Kronprinzenbrücke gekommen ist. Nach den dem „Vorwärts“ gemachten Mitteilungen sollen die Missetaten selbst die Vorgänge am 12. Januar an der Friedrichsgracht in den Schatten stellen. In der belebten Friedrichsgracht hatte sich lange nach Schluß der Versammlung eine Anzahl Personen zusammengefunden, die zwanglos dahingingen. Aus einem Hause der Friedrichsgracht erschienen mit einem Male 25 Schußleute, die die Dahinziehenden durch die Karlstraße und die Luisenstraße über die Marschallbrücke das rechte Ufer des Schiffbauerdammes hintertrieben. Von der Kronprinzenbrücke kam indes den Dahinziehenden bereits ein Trupp Polizeimannschaft entgegen, so daß dieselben nun vollständig eingekesselt waren. Hier wurde nun furchtbar auf die Menge eingehauen, so daß sich in kurzer Zeit an einzelnen Stellen wahr

Blutlachen

bildeten. Am Neubau des Operetten-Theaters stautte sich die Menge und konnte weder vorwärts noch rückwärts.

Eine Anzahl suchte auf dem Neubau Zuflucht, doch die Polizei verfolgte die Flüchtlinge und hieb rücksichtslos auf sie ein.

Ja, ein etwa 20 Mann starkes Kommando Schußmannschaft drang unter Führung eines Polizeileutnants in den Neubau ein und fiel mit blanker Waffe über die an der Affäre völlig unbeteiligten dort arbeitenden Stufatoure, Rohrleger und andere Arbeiter her, sie auffordernd, den Bau zu verlassen. Einige von den Leuten hatten Verletzungen erhalten, die ihnen mittelst Polizeisäbel beigebracht worden waren. Auch Leute, die sich in andere Häuser flüchteten, wurden herausgeholt und furchtbar geschlagen.

Der Rottschuß.

Zust zu derselben Zeit, als die Polizei gerade bei der „Arbeit“ war, fiel mit einmal ein Schuß — das offiziöse Depeschenbureau spricht von der Explosion eines Feuerwerkskörpers —, worauf die Polizei um so wütender einhieb! Eine Anzahl der mit dem Polizeisäbel Bearbeiteten wurden furchtbar zugerichtet. Ein Passant erhielt am Kopfe so schwere Verletzungen, daß das Gehirn bloß lag.

Aus Angst, festgesetzt zu werden, eilte er davon, bis er am Lessing-Theater ohnmächtig zusammenbrach. Vorübergehende nahmen sich des Unglücklichen an und brachten ihn ins Krankenhaus, woselbst der Arzt den Zustand als bedenklich erklärte. Ein anderer Zeuge berichtet, daß ein junger Mensch, der einen Schußmann anflehte, ihn doch gehen zu lassen, mit dem Säbel bearbeitet wurde. Schätzungsweise wird die Zahl der Verletzten auf dreißig bis vierzig

angegeben. Dem einen der Bauarbeiter wurde der Arm durch Bluse und Hemd hindurch blutig geschlagen. Auf einen Hof hatten sich vor dem Wüten der Polizei etwa fünf Leute geflüchtet; die doppelte Zahl von Schußleuten stürmte den Hof und trieb sie mit Säbelschlägen hinaus. Dieser Angriff war um so widersinniger, als niemand der Aufforderung, sich zu entfernen, Widerstand leistete.

Polizeiattake im Hause der Metallarbeiter.

Im Verbandshaus der Metallarbeiter, in der Charitestraße 3, haben sich am Dienstag Ereignisse abgespielt, die man im friedlichen Berlin für unmöglich halten sollte. Polizeibeamte, oder wenigstens Personen, die man ihren Uniformen nach dafür halten mußte, sind in das Haus eingedrungen und haben Menschen, die dort auf Eröffnung des Bureaus warteten oder sonst zu tun hatten, attackiert und mißhandelt. Vom Karlsplatz her kam der Trupp Uniformierter mit blanker Waffe angestürmt. Ein Veritener kam mit seinem Pferde durchs Tor auf den Hof und hielt dort Wache. Die anderen sechs oder acht Mann stürmten mit einem Leutnant voran die Treppen hinauf, immer mit gezogenem Säbel. Der erste, den sie niederschlugen, war ein junger, aber erst zugereifter Metallarbeiter aus Posen, der gekommen war, um sich beim Verbandsanzusehnen. Der Verbandsbeamte Genosse Blumenthal machte dem Leutnant Vorhaltungen. „Wie können Sie den Mann so schlagen! Er hat ja nicht das geringste verbrochen!“

„Wenn Sie nicht ruhig sind, kriegen Sie auch noch Ihre Säge“.

war die Antwort. Blumenthal gab jedoch den Versuch nicht auf, dem Polizeileutnant die Situation klar zu machen. Da wurde er plötzlich an der Gurgel gepackt, hingeworfen, geschlagen und schließlich zur Wache gebracht. Ein zweiter Verbandsbeamter, Genosse Wäde, der gesehen, wie sein Kollege mißhandelt wurde, versuchte nun seinerseits den Leutnant von der Torheit des polizeilichen Vorgehens zu überzeugen.

Da zuckte der Leutnant den Degen auf ihn,

zwei Schußleute taten desgleichen, und man hätte ihn vielleicht niedergestochen, wenn er sich nicht ins Arbeitsnachweissbureau geflüchtet hätte. Die eiserne Tür, die sie schleunigst schlossen, schützten die Beamten und Arbeitslosen des Verbandes vor weiteren Angriffen! Andere Personen hatten sich wo anders hin geflüchtet. In den Segerfaal kamen zwei Arbeiter und eine Frau, die im Hause war, um für ihren Mann Beiträge zu zahlen, gestürzt. Die Frau war totenbleich vor Schreck. Die Seger schlossen natürlich den Saal ab. — Als die Polizei in der geschloffenen Weise eine Weile für Ordnung gesorgt hatte, zog sie von dannen. Gegen Abend sah es im Arbeitsnachweissbureau aus

wie in einem Lazarett.

Vier junge Leute mit verbundenem Kopf, andere mit anderen Verwundungen sahen da herum und erhielten Kaffee und Butterbrot zu ihrer Stärkung. — Es seien in der Charitee verbunden worden, sagte man, die teils auf der Straße verwundet worden waren.

Als wir später am Schiffbauerdamm entlang gingen, hörten wir heftiges, entrüstetes Schelten in einem Grünfrankfurter. Es war der Besitzer des Geschäfts. Am Nachmittag, so erzählte er uns, habe seine Tochter ihm gesagt, es kämen so viele Menschen daher. Der Mann ging hinaus, um seine Keffelsteine hineinzuholen, damit sie nicht etwa von der Menge umgestoßen werde. Kaum hat er draußen den Korb angefaßt, stürzten Schutzleute mit blankem Säbel auf ihn, schlugen ihn in den Nacken, daß er die Treppe hinunterfiel.

70 ist es nicht so zugegangen,

meinte der Mann. Er hatte den Krieg mitgemacht, aber bei allen Grausamkeiten des Krieges nicht gesehen, daß man wehrlose Menschen niederschlug!

Die Ueberstunden der Schutzmannschaft.

Ueber die Wirkungen, welche die unsinnigen Vorschriften der Berliner Behörden auf die Schutzmannschaften selbst ausgeübt hat, wird berichtet:

Die Schutzleute befinden sich wie man hört, am Ende ihrer Kraft. Die ungeheuren Anstrengungen der letzten Tage, die zahlreichen Erkältungen und die aufregenden Nachwachen haben zu einer starken Entkräftigung geführt, so daß es zweifelhaft erscheint, ob der Dienst noch lange in diesem Umfange aufrecht erhalten werden kann. Man spricht davon, wenn die Demonstrationen nicht enden, Militär zur Unterstützung heranzuziehen zu müssen.

Deutsche Politik.

Bittere Wahrheiten.

Sagt in Nr. 1 der christlich-sozialen Wochenschrift „Die Arbeit“ ein P f a r r e r seinen eigenen Gesinnungsgenossen in Bezug auf ihre Stellung zur Sozialdemokratie. Der Geistliche meint unter anderem:

„Das würde doch wohl im Ernste niemand zu behaupten wagen, daß die dem Arbeiter nicht gerecht werdende gesellschaftliche Ordnung die gottgewollte, d. h. ein Nützlichkeitsgesetz sei. Man sagt, die soziale Bewegung ist sozialdemokratisch, und an einer sozialdemokratischen Bewegung sich zu beteiligen ist einem Christen unmöglich. Nun ist ja gewiß, daß die sozialdemokratische Partei sich der Arbeiter aller Macht angenommen hat und für ihre Forderungen eintritt, und es braucht uns nicht wunderzunehmen, wenn die Arbeiter der sozialdemokratischen Partei dafür dankbar sind. Anstatt darüber auf christlicher Seite zu gähnen, sollte man einmal an seine Brust schlagen, und sich sagen, daß hier die Sozialdemokraten wirklich christlich gehandelt haben, und sollte ebenso handeln. Dem Arbeiter in der Weltendmachung des Reichs seiner Persönlichkeit auf allen Gebieten des Lebens zu helfen und ihn in seiner und seiner Familie wirtschaftlicher Existenz zu stützen, hat an und für sich nichts mit einer politischen Partei zu tun. Glaubt man es nicht auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei tun zu können, so mag man es getrost von einem anderen Standpunkt aus tun, aber nicht darum von einer als berechtigt anerkannten Bewegung sich zurückziehen, weil diese Bewegung von einer politisch und religiös anders stehenden Partei mit getragen wird. Gelegenheit zur Mitarbeit an der großen sozialen Bewegung findet sich genug.“

Das christlich-soziale Stöckerblatt vermahnt sich gegen diese trefflichen Ausführungen ihres geistlichen Mitarbeiters insofern, als es erklärt, es könne sich nicht mit allen diesen Anschauungen identifizieren. Für ein Gebiätchen gegen die Sozialdemokratie muß es auch gar zu bitter sein, im eigenen Lager die Tätigkeit der Sozialdemokratie anerkennen zu hören.

Aus dem Leben eines Taugenichts.

Novelle von Joseph Freiherrn von Eichendorff. (Nachdruck verboten.)

10) (Fortsetzung.) So, dachte ich, scheint der Mond auch über meines Vaters Mühle und auf das weiße gräfliche Schloß. Dort ist nun auch schon alles lange still, die gnädige Frau schläft, und die Wasserläufer und Bäume im Garten rauschen noch immerfort wie damals, und allen ist's gleich, ob ich noch da bin, oder in der Fremde, oder gestorben. — Da kam mir die Welt auf einmal so entsetzlich weit und groß vor, und ich so ganz allein darin, doch ich aus Herzensgrunde hätte weinen mögen.

Wie ich noch immer so dasthe, hörte ich auf einmal aus der Ferne Hufschlag im Walde. Ich hielt den Atem an und lauschte; da kam es immer näher und näher und ich konnte schon die Pferde schnauben hören. Bald darauf kamen auch wirklich zwei Reiter unter den Bäumen hervor, hielten aber am Saume des Waldes an und sprachen heimlich sehr eifrig miteinander, wie ich an den Schattenspielen konnte, die plötzlich über den mondbelegten Platz vorschossen und mit langen dunklen Armen bald dahin, bald dort hin wiesen. — Wie oft, wenn mir zu Hause meine verstorbene Mutter von wilden Wäldern und martialischen Räubern erzählte, hatte ich mir sonst immer heimlich gewünscht, eine solche Geschichte selbst zu erleben. Da hatt' ich's nun auf einmal für meine dummen, frevelmütigen Gedanken! — Ich streckte mich nun an dem Lindenbaum, unter dem ich gesessen, ganz unmerklich solange aus, als ich nur konnte, bis ich den ersten Akt erreicht hatte und mich geschwinde hinaufschwang. Aber ich baumelte noch mit halbem Leibe über dem Aste und wollte soeben auch meine Beine nachholen, als der eine von den Reitern rasch hinter mir über den Platz dahertobte. Ich drückte nun die Augen fest zu in dem dunkeln Laube und rührte und regte mich nicht. — „Wer ist da?“ rief es auf einmal dicht hinter mir. „Niemand!“ schrie ich aus Selbstkräften vor Schreck, daß er mich doch noch erspäht hatte. Innäheheim mußte ich aber doch bei mir lachen, wie die Kerl's sich schneiden würden, wenn sie mir die leeren Taschen umdrehten. — „Ei, ei,“ sagte der Räuber wieder,

Eine neue politische Partei.

will der bekannte Riesische Apokalypse Dr. Hornegger gründen. In einer großen Versammlung in Leipzig stellte als Hauptforderungen dieser „Deutschen Kulturpartei“ der bisher nationalliberale Dr. Hornegger die folgenden auf: Gründung einer Volkshochschule mit absoluter Befreiung, Reform des Königtums (Abkündigung des „Gottesgnadentums“), völlige Gewissensfreiheit für sämtliche Staatsbeamte und Offiziere, Befreiung der Schule und Lehrer von jedem religiösen Zwange, fakultative Eidesformel für Dissidenten, Erleichterung des Kirchenaustritts, Abschaffung der Standesvorrechte. Keine Forderung sei heute wichtiger als die nach völliger geistiger Freiheit. Die neue Partei, die auf nationaler Grundlage steht, soll sich zunächst völlig freie Hand bewahren. Seien die liberalen Parteien für ihre Forderungen zu haben, so ließe sich später über eine Verschmelzung reden, andernfalls aber müsse die Deutsche Kulturpartei ihre Selbstständigkeit wahren. Die Redner der übrigen Parteien, die in der Versammlung zu Worte kamen, bezweifelten zumeist den Erfolg dieser neuen Parteibildung, trotzdem aber trugen sich mehrere hundert Zuhörer in die ausgelegten Listen der neuen Partei ein, deren Aufgabe es nun zunächst sein soll, ein positives Programm aufzustellen. Abzweigen wird von der neuen Partei wohl nicht zu hören sein.

Das schlechte Gewissen.

Die christlichen Arbeitersekretäre, die als Arbeitervertreter in den bayerischen Landtag gewählt wurden, aber in der Frage der Lohnaufbesserung der Eisenbahner eine so jämmerliche Rolle spielten, sind um ihre Gefolgschaft sehr besorgt, da sich die Uebertritte aus dem christlichen Lager in den Süddeutschen Eisenbahnerverband häufen. Sie halten unter den rebellisch gewordenen Eisenbahnern Versammlungen ab, um sie zu beruhigen und der Massenflucht vorzubeugen. Dabei schließen sie aber die Mitglieder des letztgenannten Verbandes, wie es dieser Tage wieder in Würzburg geschah, ausdrücklich von der Teilnahme an ihren Versammlungen aus. Sie fürchten, daß man ihnen ihre Sünden vorhalten und den christlichen Eisenbahnern, die zum großen Teile über die politischen Vorgänge in entsprechender Zubereitung nur aus der Generalkonferenz unterrichtet werden, über die wahre Natur ihrer „Vertreter“ ein Bild aufstrecken könnten. Die Aufklärung dringt aber trotzdem mächtig durch.

Jagd auf Antimilitaristen.

Die Staatsanwaltschaft hat bei dem kgl. Landgericht Köln in die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen sechs Antimilitaristen wegen antimilitaristischer Propaganda beantragt. Der Hauptangeklagte, der in Wien geborene, in Arnhem (Holland) ansässige Tischler Hermann, wird beschuldigt, die Broschüre „Soldatenfreund“, die identisch sein soll mit der seinerzeit in Berlin beschlagnahmten Broschüre „Soldatenbrevier“, aus London bezogen und nach Deutschland hereingeführt zu haben. Der Verbreitung begünstigt sind angeklagt der Tischler L., die Schuhmacher S. und R., der Maurer B. und der Zementierer W. Die Anklage lautet auf Vergehen über Uebertretung gegen die §§ 110, 111, 130, 360, 7, 49, 73, 41 und 42 des Strafgesetzbuches. Diese Paragrafen richten sich gegen Aufzucht und Verbreitung irreführender Handlungen, Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten; Pisser 7 des § 360 betrifft die unbefugte Abbildung des Landeswappens, da die Broschüren so ausgestattet gewesen sein sollen, als seien sie in einer staatlichen Druckerei gedruckt, bezw. vom Kriegsministerium herausgegeben. Von den Angeklagten befinden sich vier schon seit Wochen in Untersuchungshaft. Zwei sind ortsbewohnend. Außerdem befindet sich der Bauhilfsarbeiter K. aus Köln-Nippes seit der nämlichen Zeit in Zeugniszwangshaft. Eine Anzahl von Hausdurchsuchungen hat in dieser Zeit stattgefunden. Dieser Tage wurden von der Kölner Kriminalpolizei wiederum zwei Personen wegen antimilitaristischer Propaganda verhaftet, nach 24 Stunden aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

„wem gehören denn aber die zwei Beine, die da herunterhängen?“ — Da half nichts mehr. „Nichts weiter,“ versetzte ich, „als ein paar arme, verirrte Muskatentöne.“ und ließ mich rasch wieder auf den Boden herab, denn ich schämte mich auch, länger wie eine zerbrochene Gabel da über dem Aste zu hängen.

Das Pferd des Reiters scheute, als ich so plötzlich von dem Baume herunterfiel. Er klopfte ihm den Hals und sagte lachend: „Nun, wir sind auch verirrt, da sind wir rechte Kameraden; ich dachte also, du hältest uns ein wenig den Weg nach B. aufzuweisen. Es soll dein Schaden nicht sein.“ Ich hatte nun gut beteuern, daß ich gar nicht wußte, wo B. läge, daß ich Heber hier im Wirtshause fragen oder sie in das Dorf hinunterführen wollte. Der Kerl nahm gar keine Notiz an. Er zog ganz ruhig eine Pistole aus dem Gurt, die recht hübsch im Mondschein funkelte. „Mein Liebster,“ sagte er dabei sehr freundlich zu mir, während er bald den Lauf der Pistole abwuschte, bald wieder prüfend an die Augen hielt, „mein Liebster, du wirst wohl so gut sein, selber nach B. voranzugehen.“

Da war ich nun recht übel daran. Traf ich den Weg, so kam ich gewiß zu der Räuberbande und bekam Prügel, da ich kein Geld bei mir hatte, traf ich ihn nicht — so bekam ich auch Prügel. Ich besann mich also nicht lange und schlug den ersten besten Weg ein, der an dem Wirtshause vorüber vom Dorfe abführte. Der Reiter sprengte schnell zu seinem Begleiter zurück und beide folgten mir dann in einiger Entfernung langsam nach. So zogen wir eigentlich recht närrisch auf gut Glück in die mondbeleuchtete Nacht hinein. Der Weg lief immerfort im Walde an einem Bergeshange fort. Jumeilen konnte man über die Lannenvipfel, die von unten herauslängten und sich dunkel röhreten, weit in die tiefen, stillen Täler hinaussehen, hin und her schlug eine Nachtgall, Hunde bellten in der Ferne in den Büschen. Ein Fluß rauschte beständig aus der Tiefe und bligte zuweilen im Mondschein auf. Dabei das stöhnende Pfedergelächel und das Wirren und Schwirren der Reiter hinter mir, die unaufhörlich in einer fremden Sprache miteinander plauderten und das helle Mondsicht und die langen Schatten der Baumstämme, die wechselnd über die beiden Reiter wegfielen, daß sie mir bald schwarz, bald hell, bald klein, bald wieder riesengroß vorkamen. Mir verwirrten sich ordentlich die Gedanken,

Drohender Eisenmangel?

Die kapitalistische Gesellschaft treibt einen Raubbau auch mit den Schätzen der Erde. Die Frage nach dem Vorrat der Kohlenvorräte unserer Erde ist schon oft erörtert worden. Nicht minder wichtig scheint die von A. Oldenberg in der „Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften“ aufgeworfene: „Gehen wir bei unserem rasant wachsenden Eisenverbrauch nicht in absehbarer Zeit einer Erschöpfung der Eisenerzlager der Erde entgegen?“ Für England steht die Sache bereits so, daß die Eisenerzgewinnung von 18 Millionen Tonnen im Jahre 1882 auf 14½ Millionen Tonnen in 1905 zurückgegangen ist bei gleichzeitiger Einfuhr von über 7 Millionen Tonnen. Deutschland stieg die Eisenerzgewinnung von 3 Millionen Tonnen in 1865 auf 9 Millionen Tonnen in 1885 und 23,4 Millionen Tonnen in 1905, in Amerika, dem dritten reichsten Eisenproduktionsland von 35 Millionen Tonnen in 1903 auf 42½ Millionen Tonnen in 1905. Die Gesamtgewinnung der Erde belief sich im Jahre 1905 auf 120 Millionen Tonnen.

Demgegenüber betragen die Vorräte an abbaubaren Eisenerzen

Table with 2 columns: Country and Million Tons. Includes Deutschland und Luxemburg (2200), Frankreich (1500), Rußland (1500), Schweden (1200), Vereinigte Staaten (1100), Großbritannien (1000), Spanien (500), and Andere Länder (1200). Total for Ganze Erde is 10200.

Nur unter der Voraussetzung des gegenwärtigen Verbrauchs würden diese Vorräte also bereits in 80 bis 90 Jahren erschöpft sein. Nimmt man, wie notwendig, eine weitere Steigerung der Produktion an, so würde dieser Zustand schon viel früher auftreten. Er könnte verzögert werden durch die Entdeckung weiterer Eisenerzlager, wie sie z. B. für China in Aussicht stehen soll. Bei Erschöpfung der hochprozentigen Eisenerzvorräte würde die Menschheit genötigt sein, allmählich zum Abbau minderhaltigen Eisens zu schreiten. Auch wird von technischen Seite der Vorschlag gemacht, um Eisen zu sparen, Legierungen von Eisen und Aluminium für gewisse Zwecke zu verwenden.

Ausland.

Einige ausländische Prestimomente über die Wahlrechts-Demonstration.

„Ein Hurra unseren deutschen Genossen“ — so betitelt der englische Genosse Gyn dman ein Artikel in der „Justice“, in welchem er über die Demonstration in Berlin schreibt:

„Was in Berlin sich ereignet, so schreibt er, ist für die Sozialdemokratie der ganzen Welt von der höchsten Bedeutung. In den letzten Jahren hatte man an der Taktik unserer deutschen Genossen vielfach abspreschende Kritik geübt; man hat ihnen vorgeworfen, daß sie ihre Vorsicht allzuweit treiben, daß ein Volk nicht erwarten könne, seine Freiheit zu erobern, ohne sich bestimmten Gefahren auszusetzen und daß solche Leute, wie das Volk in Sachsen bei der Wegnahme seines Wahlrechts gezeigt habe, nur dazu beitragen könne, den Mut der herrschenden Klassen zu erhöhen.“

Mit dieser Taktik, so meint Gyn dman weiter, sei nun endgiltig gebrochen. Die Vorgänge in Berlin haben gezeigt, daß die deutschen Genossen auf ihr Ziel die Erringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts furchtlos zu steuern und bereit seien, Opfer zu bringen.

Der Brüsseler „Peuple“ weist in seiner Besprechung mit Recht darauf hin, daß es ein großer Unterschied sei, ob unsere Genossen in Paris eine Straßendemonstration veranstalten oder ob das in Berlin geschieht. Frankreich ist eben ein Kulturland, wo die Bürger es als ihr unumstößliches Recht in Anspruch nehmen, ihre Meinung in der von ihnen beliebigen Weise zum Ausdruck zu bringen, während in Preußen moskowitzische Methoden vorherrschen.

als läge ich in einem Traume und könnte gar nicht aufwachen. Ich schritt immer starr vor mich hin. Wir müssen, dachte ich, doch am Ende aus dem Walde und aus der Nacht herauskommen.

Endlich flogen hin und wieder schon lange rötliche Scheine über den Himmel, ganz leise, wie wenn man über einen Spiegel haucht, auch eine Lerche sang schon hoch über dem stillen Tale. Da wurde mir auf einmal ganz klar im Herzen bei dem Morgengrau und alle Furcht war vorüber. Die beiden Reiter aber streckten sich und saßen sich nach allen Seiten um und schienen nun erst gewahr zu werden, daß wir doch wohl nicht auf dem rechten Wege sein mochten. Sie plauderten wieder viel und ich merkte wohl, daß sie von mir sprachen, ja es kam mir vor, als finge der eine sich vor mir zu fürchten an, als könnt' ich wohl gar so ein heimlicher Schnapphahn sein, der sie im Walde ertücheln wollte. Das machte mir Spaß, denn je leichter es ringum wurde, je mehr Courage kriegt' ich, zumal da wir soeben auf einen schönen freien Waldplatz herauskamen. Ich sah mich daher nach allen Seiten ganz wild um und piff dann ein paarmal auf den Fingern, wie die Spitzhunden tun, wenn sie sich einander Signale geben wollen.

„Galt!“ rief auf einmal der eine von den Reitern, daß ich ordentlich zusammenfuhr. Wie ich mich umsehe, sind sie beide abgetreten und haben ihre Pferde an einen Baum angebunden. Der eine kommt aber rasch auf mich los, steht mir ganz hart ins Gesicht und fängt auf einmal ganz unmäßig an zu lachen. Ich muß gestehen, mich ärgerte das unvernünftige Gelächter. Er aber sagte: „Wahrhaftig, das ist der Gärtner, wollt' sagen: Einnehmer vom Schloß!“

Ich sah ihn groß an, wußte mich aber seiner nicht zu erinnern, hatt' auch viel zu tun gehabt, wenn ich mir alle die jungen Herzen hätte ansehen wollen, die auf dem Schlosse ab und zu ritten. Er aber fuhr mit etwem Geldhater fort: „Das ist prächtig! Du darierst, wie ich sehe, wir brauchen eben einen Bedienten, bleib bei uns, da hast du ewige Kalanz.“ — Ich war ganz verblüfft und sagte endlich, daß ich soeben auf einer Reise nach Italien begriffen wäre. — „Nach Italien?“ entgegnete der Fremde, „eben dahin wollen auch wir!“

(Fortsetzung folgt.)

Badische Politik.

Die Freisinnigen bleiben im Block.

Der freisinnige Parteisekretär Dr. Gerard sprach dieser Tage in einer in Mosbach stattgefundenen Versammlung über die Blockpolitik im Reichstag. Er erklärte, daß von einem Vertrauen für den Reichskanzler bei seiner Partei keine Rede sein könne, nicht desto weniger aber würden die liberalen Parteien jetzt nicht von Bloßab- und in die Opposition verfallen, sondern wo es sich um praktische Gesetzgebung handle, versuchen, fortschrittliche und für das Volk nützliche Gesetze zu schaffen.

Wir beneiden Herrn Dr. Gerard um die gute Meinung, die er von den Konservativen hat, wirklich nicht. Es ist aber absurd, als freisinniger Politiker zu warten, bis Bülow — eine zweite Provokation der Liberalen vorgenommen hat. Diesem bange Warten auf bessere Zeiten muß die Enttäuschung so sicher folgen, wie jetzt alle Hoffnungen auf eine liberale Aera so schanden geworden sind. Wer jetzt noch nicht sieht, wohin die Fahrt geht, kann als liberaler Politiker abhandeln.

Die Krise in Baden.

In verschiedenen Fabriken Neckar aus sind am letzten Samstag nahezu 400 Personen plötzlich wegen Arbeitsmangel entlassen worden, zahlreich waren auch die Entlassungen in den Fabriken von Rheinau. Das Kohlenhüttenwerk in Rheinau hat auf unbestimmte Zeit die Arbeitszeit auf 7 Stunden reduziert.

Ultramontane Toleranz.

Unser Artikel in Nr. 11 vom 14. Januar hat im Elztal Staub aufgewirbelt und wohl über übel mußte das Breisgauer Volksblatt zur Sache Stellung nehmen. Das Blattchen druckt den Artikel des „Volksfreund“ ab und schreibt: „Nichtig! Der „Volksfreund“ hat den Nagel auf den Kopf getroffen“ und das wäre als Antwort genug gemein. Das Zentrumsblattchen ist aber noch so lebensmüdig und tritt den Wahrheitsbeweis für unsere Behauptung „Die katholische Kirche mache einen Unterschied zwischen reich und arm“ an und man muß es gestehen, er ist ihm vollkommen gelungen. Sehen wir uns die Gründe nach Angabe des Pfarrhof-Korrespondenten an:

- 1. Die Kinder des verstorbenen Stadtkammermeisters Armbruster sind „religionsmüdig“; die des Proletariats Schill nicht.
2. Der Stadtkammermeister A. starb im Diakonissenhaus in Freiburg, dagegen Sch. in Waldkirch.
3. A. starb infolge eines Schlagflusses nach einer glücklich überstandenen Operation, dagegen Sch. nach längerer Krankheit, die einen normalen Verlauf nahm und ohne daß irgendwie nach einem katholischen Geistlichen verlangt wurde.

Das sind allerdings Unterscheidungsgründe von geradezu erschütternder Bucht, und wer die nicht begreift, dem ist nicht mehr zu helfen.

Der Proletarier Schill ist also zu früh gestorben; der arme Sünder hätte erstens mit dem Sterben warten sollen, bis die Kinder „religionsmüdig“ geworden sind; dann wäre es seine Pflicht gewesen, in das Diakonissenhaus nach Freiburg zu fahren, dort zu sterben und dann hätte ihn die katholische Geistlichkeit „vielleicht“ beerdigt.

Der dritte Punkt ist interessant; dort macht man dem Proletarier Schill den Vorwurf, daß er keinen Geistlichen gerufen habe und im Falle Armbruster sagt man darüber kein Wort. Warum? Weil er eben — vor der Operation, die auf Tod und Leben ging — auch keinen Geistlichen gerufen hat. Aber die besagte Klasse, der die Kirche bekanntlich den Hausrecht macht, sollte keinen Grund zum Anstoß haben, deshalb beerdigte man ihn; der Dessenlichkeit war genügt. Aber auch hier mußte Strafe sein; die bestellten Opfer wurden nämlich in der Kirche nicht gehalten. — Bei dem Proletariat braucht man diese Umstände nicht, da wird alles verweigert.

Der Artikelschreiber zieht alsdann das Resümee: „Im Falle Schill lagen die Verhältnisse so, daß die katholische Geistlichkeit sich sagen mußte: „Weider können wir ihn nicht katholisch beerdigen.“

„Im Falle Armbruster lag die Sache von vornherein gar nicht so klar. Ein Geistlicher, der mehr rigoristische Observanz, hätte ihn vielleicht nicht katholisch beerdigt.“

Da liegt eben der Hase im Pfeffer; das haben wir mit unserem Artikel gesagt. Man kann, wenn man will; aber man will bloß bei den Reichen und kann nicht bei den Armen. Hier noch ein Beweis dafür:

Der Bahnhofsvorstand Klingler in Waldkirch sowohl als der Arbeiter Lehmann waren katholisch, deren Frauen und Kinder protestantisch; Klingler starb am Herzschlag, Lehmann wurde beim Schlag von einem Baumstamme erschlagen und war auf der Stelle tot. Beide konnten keinen Geistlichen rufen lassen. Klingler wurde von der katholischen Geistlichkeit beerdigt, bei Lehmann verweigerte dies die katholische Geistlichkeit.

So! Jetzt kann sich der Herr „Korrespondent“ wieder hinsetzen und sich neue jesuitisch-sophistische Gründe ausdenken, um auch diesen ins Auge springenden Unterschied zwischen „arm und reich“ hinwegzuspudieren. Zeit dazu wird er wohl genügend haben.

Und nun zum Schlusse noch eins; wenn sich einzelne Herren in Waldkirch aufregen und uns wegen der Veröffentlichung dieses Artikels „religionsfeindlich“ nennen, so erklären wir: Wir kämpfen nicht gegen die Religion, sondern gegen derartige undristliche Handlungen. Wir kämpfen gegen die heutige organisierte Kirche, die sich auf die Seite der Besitzenden stellt und ihre Schuße an den Entwürfen, an dem Proletariat reinigt. Dies ist die Tendenz unseres Artikels und diese Tendenz werden wir weiter beobachten, selbst auf die Gefahr hin, daß wir von der Klerik in Acht und Bann getan werden.

Von der Garde

Schreibt man uns: Auf die von uns in Nr. 6 des „Volksfreund“ veröffentlichte Eingabe einer Anzahl Landwirte unserer Gegend

an die vereinigten Bierbrauereien von Karlsruhe und Umgebung um Ermäßigung bzw. Wiederermäßigung des Preises für Biertreiber ist die Antwort nunmehr eingelaufen. Sie ist, wie vorausgesehen war, eine ablehnende. Die Brauereien weisen in der Antwort darauf hin, daß nur die Landwirtschaft durch Ansenkung des hohen Getreidepreises schuld daran sei, daß sie, die armen dividendenbesitzenden Brauereibesitzer, den Preis für Malz erhöhen mußten. Allerdings ist ein Teil der Landwirtschaft hieran schuld, aber nicht die Kleinbauern, die auf der Hardt den überwiegend großen Teil der Landwirtschaft ausmachen, sondern die Großgrundbesitzer Preußens. Unsere Kleinbauern werden es nun endlich begreifen lernen, daß man sie beim Zolltariffschindel an der Nase herumgeführt hat. Denn die paar Groschen, die sie beim Verkauf von Getreide und Ferkeln mehr erhalten, werden ihnen beim Ankauf von Futtermitteln, Rubelvieh usw. dreimal wieder aus der Tasche geholt. Das sieht man in dem Vorgehen der Brauereien. Während diese einen großen Teil der Brauergewinne als Futtermittel beziehen, um den hohen Zoll zu umgehen, verstehen sie es aber doch, insofern aus dem Zolltariff Nutzen zu ziehen, als sie mit ihren Produkten, hier also mit dem Malz, im Preise erheblich in die Höhe gehen. Wenn es so fort geht, wird auch bald das Bier verteuert werden, an Versuchen hierzu hats ja nicht gefehlt.

Unsere badischen Landwirte möchten wir an der Hand obiger Tatsachen darauf hinweisen, daß, wie dies feinerzeit der Zentrumsabgeordnete Marbe in einem Augenblick, in dem er sich unbeobachtet glaubte, so trefflich gekennzeichnet hat, „der Zolltarif der Landwirtschaft keinen Deut nützt“. Im Gegenteil, der kleinen Landwirtschaft bringt er Schaden, indem er alle Bedarfsartikel verteuert hat. Hier ein Beispiel: Ein kleiner Landwirt, der in der Lage ist, im Jahre ein paar Zentner Getreide zu verkaufen, erhält durch den Zoll eine Mehreinnahme von 15 Mk., beim Vieh eine solche von 20 Mk., zusammen 35 Mk. Da man, wenn man Vieh und Getreide unter Zollschutz stellt, auch die anderen im Inland erzeugten Produkte schützen muß, so steigen durch die Schwächung der Auslandskonkurrenz sämtliche Materialien, Eisen, Leder, Klebstoffe usw. im Preise. Hat der kleine Landwirt, was in der Regel zutrifft, eine zahlreichere Familie, so wird der Mehrerlös durch den Zolltarif an seinen Produkten durch Erhöhung der Preise für Kleider, Schuhe, Geschirre usw. mehr als aufgehoben; außerdem kommt noch der erhöhte Preis für Futtermittel und Zuchtvieh, das der Kleinbauer meistens kaufen muß, hinzu, so daß also nicht nur kein Nutzen, sondern direkter Schaden entsteht.

Anders beim landwirtschaftlichen Großbetrieb. Der Großgrundbesitzer verkauft im Jahre tausende von Zentnern Getreide. Der Mehrerlös aus dem Zolltarif macht ihm tausende von Mark aus. Er verkauft auch im Jahre vielleicht 30, 50, 100 Stüd Vieh und es bringt ihm der Zolltarif hier wieder circa 1000 Mk. Mehrerlös. Nun hat aber der Großgrundbesitzer auch keine größere, meistens noch eine kleinere Familie. Wenn er nun für den Unterhalt dieser Familie durch die Erhöhung der übrigen Bedarfsartikel höchstensfalls 3—500 Mk. mehr aufzuwenden hat, so hat ihm der Zolltarif schon einen ganz erheblichen Nutzen gebracht. Man sieht also hier, daß die Vorteile, die mit Hilfe der Kleinbauern für die Landwirtschaft errungen wurden, lediglich dem landwirtschaftlichen Großbetriebe zugute kommen. Dabei sind wir immer noch erst am Anfange der Wirkungen des Zolltarifs. Denn es darf mit Bestimmtheit angenommen werden, daß wir, falls Missernten oder andere Ereignisse (Sagelochschlag usw.) vorkommen sollten, noch mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen haben. Es ist bei der Landwirtschaft eben auch wie sonst im kapitalistischen Staat: Die Kleinen müssen arbeiten und die Großen und Großen ziehen den Nutzen. Der kleine Landwirt muß sich jahraus jahrein abmühen und abplagen, damit er sich und die Seinen ehrlich durchs Leben bringt, und die Großgrundbesitzer, die sich ja auch „Landwirte“ und „Bauern“ nennen, führen ein Herrenleben und lassen ihre Söhne als Offiziere bei der Garde dienen, von denen mancher in einem Jahre mehr verbraucht als das Vermögen von 3—4 unserer Landwirte zusammen ausmacht.

Darum, Landwirte, lernet! Ihr seid gewarnt! Seht den Agitatoren des Zentrums und der Konservativen, die euch überhäufelt haben, um eure Stimmen zu bekommen, den wohlverdienten Fußtritt! Lernet begreifen, daß man die Sozialdemokratie von jener Seite nur deshalb lästert, weil sie jedwergzeit für die Interessen des kleinen Mannes und auch des Kleinbauern unerschrocken eintritt und die Schwindelpolitik jener Demagogen kennzeichnet.

Ein Streit an der badischen Zollgrenze.

Beschäftigte — so schreibt der Berliner G.-Mitarbeiter der „Mannheimer Volksstimme“ — die Petitionskommmission des Reichstags. In Konstanz besteht ein Geschäftshaus Girsch (früher Gebrüder Maner), das den Import orientalischer Waren betreibt. Die Abteilung für seine ziselirte Bronzeware enthielt auch Tellerchen, Schalen, Streichholzstücken usw., die vom Hauptfeueramt Konstanz nach Tarifnummer 19d 3 zum Satz von 60 Mk. für ein Dz. verzollt worden sind. Nach Jahren wurde diese Firma von einem Sachverständigen darauf hingewiesen, daß ein englischer Konkurrent diese Importartikel als Messingwaren einführt, für welche die 100 Kr. nur mit 30 Mark im Tarif angelegt sind. Im Oktober 1905 wurde das Haus Girsch deshalb vorstellig; die Technische Versuchsanstalt Karlsruhe fand das Messingblech heraus, und die Zolldirektion ermittelte der Firma Girsch ihre zu viel bezahlten Zollbeträge bis zur Verjährungsgrenze mit 248,50 Mark zurück. Für eine weitergehende Erstattung trat ihr der § 75 des Vereinszollgesetzes entgegen. Die Firma Girsch beklagte sich aber über einen Verlust von 15 000 Mk. (für ca. 50 000 Kg. Messingwaren) und über einen bedeutenden indirekten Schaden wegen des Unheils, das ihr die billiger zollende englische Konkurrenz durch Kaufkraftentziehung verursachte. Im übrigen würde sich das Haus Girsch mit einem weiteren Erlaß von 7090 Mk., wofür noch Zollquittungen vorgelegt werden könnten, zufrieden geben. Der Bundesrat habe sie 1898 in einem ähnlichen Falle (Leppichverzollung) vollständig entschädigt; jetzt verhalte er sich ablehnend.

Obwohl der Ueberreicher der Eingabe mit aller Energie die Billigkeitsgründe betonte, lehnte die Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung die Petition ab, weil sie Billigkeitsgründe vermisse und weil Rechtsansprüche ausgeschlossen seien. Der Geh. Oberregierungsrat Winterle legte noch Vermahrung ein gegen einen Angriff des Herrn Girsch auf die badischen Steuerbeamten, die angeblich Girschs Einsprüche und Erklärungen nicht beachtet

hätten. Diese Behauptungen entbehrten jeder Grundlage. Nirgends sei von einer Beschwerde etwas bekannt geworden. Girsch werde als „sehr gewandter und energischer Geschäftsmann“ geschildert, von dem nicht anzunehmen ist, daß er sich bei der Abweisung einer Einsprache oder Beschwerde durch einen Beamten oder durch das Hauptamt beruhigt hätte, wenn er Inhaltspunkte dafür gehabt hätte, daß die Metallwaren zu hoch verzollt werden“. Daraus habe der Bundesrat im Gegensatz zu dem Vorkommnis mit den Leppichen das Vorliegen der Billigkeitsgründe verneint. Herr Girsch hat sich also selber in die Verlegenheit gebracht.

Versicherungen. Am 1. Jan. ds. Js. unterstanden der Aufsicht des Ministeriums des Innern im ganzen 914 private Versicherungsunternehmen, das sind 82 mehr als am gleichen Tage des Vorjahres. Diese Unternehmen verteilen sich auf das ganze Großherzogtum, es sind nur zwei Amtsbezirke — Pfüllendorf und Wolfach — aus denen keine Versicherungsunternehmen angemeldet sind.

Bahnprojekte. Wie wir bereits gestern berichteten, beabsichtigt die Regierung die Eisenbahnstrecke Appenweier-Oppenu anzuheben. Am 28. Februar findet nunmehr in dieser Angelegenheit eine Generalversammlung der Aktionäre der Gesellschaft statt. — Eine Versammlung von etwa 250 Interessenten beschloß, die Regierung um wohlwollende Prüfung des Bahnprojektes Freiburg-Merzhausen-St. Ulrich-Tobinäu-St. Blasien zu ersuchen. Die Arbeiten möchten so beschleunigt werden, damit noch eine Vorlage an die Landstände gemacht werden kann.

Landtagsersatzwahl in Schopfheim-Schönau.

Am kommenden Samstag, 25. Januar, abends halb 9 Uhr, findet im Lokal zum „Kranz“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung

des sozialdemokratischen Vereins statt. Die letzten Vorbereitungen zur Wahl und die Flugblattverbreitung erfordert, daß sich alle Parteigenossen zur Versammlung einstellen. Wir haben bei der letzten Reichstagswahl in hiesiger Stadt sehr gut abgeschnitten. Dasselbe kann wiederum der Fall werden, wenn jeder auf dem Posten ist. Wir werden nicht ruhen und rasten, bis die einst so mächtige liberale Hochburg Schopfheim eine sozialdemokratische geworden ist.

Außerdem sei jetzt schon darauf hingewiesen, daß unser Kandidat, Genosse Müller, am Mittwoch, 29. Januar, abends 8 Uhr, am Abend vor der Wahl im Saale der Bahnhofsirtschaft in öffentlicher Wählerversammlung sprechen wird. Wir fordern nochmals auf, für die Versammlungen rege zu agitieren.

Parteigenossen! Noch wenige Tage trennen uns bis zur Entscheidung des Wahltages. Wenn unsere bisherige Arbeit von Erfolg sein soll, so müssen die letzten Tage noch ausgenützt werden in der Agitation. Am kommenden Sonntag findet im ganzen Wahlbezirk unsere Flugblattverbreitung mit dem Stimmzettel statt; dieselbe muß sehr gründlich vorgenommen werden, keine Hütte, kein Hof darf verschont bleiben. Die Anforderungen, die wiederum an den Einzelnen gestellt werden, sind keine geringen. Wir dürfen aber dabei nicht vergessen, daß unsere Nachwahl für die kommenden Hauptwahlen von großer Bedeutung sein wird. Tragen wir alle dazu bei, festzustellen, daß wir Sozialdemokraten in der Zukunft auch etwas mitzusprechen haben in der politischen Entwicklung unseres Heimatlandes.

Parteigenossen! Stellt euch überall massenhaft zur Verfügung, am Sonntag zur Flugblattverbreitung, am Wahltag in den Wahllokalen, und dann werden wir etwas zu erreichen in der Lage sein.

Vorwärts! Durch Kampf zum Sieg! sei die Losung überall.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß folgende Wählerveranstaltungen stattfinden:

Am Samstag, 25. Januar, abends 8 Uhr, spricht Genosse Reichs- und Landtagsabgeordneter M. Beck im „Biesenthaler Hof“ in Maulburg und am Sonntag, 26. Januar, nachmittags halb 3 Uhr, in der „Linde“ in Hauzen.

Unser Kandidat, Genosse Müller, hält folgende Versammlungen ab: Samstag, 25. Januar, abends 8 Uhr, im „Löwen“ in Eichen, Sonntag, 26. Januar, nachmittags halb 3 Uhr, im „Hilf“ in Gersbach, abends halb 8 Uhr im „Girschen“ in Rechengraben, Montag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, in der „Krone“ in Raich. Wir ersuchen, allüberall für guten Versammlungsbesuch zu agitieren. Auf zum Kampf!

Deutscher Reichstag.

(87. Sitzung.)

* Berlin, 23. Jan.

Die erste Beratung des Schiedsgerichtsweges wird fortgesetzt.

Abg. Arenbt (Rp.) erklärt, daß auch seine Partei der Vorlage zustimme. Kommissarische Beratung sei eigentlich überflüssig. Redner verbeißt sich weiterhin sehr eingehend über die Bankdiskontfrage, über Zahlungseinstellungen usw. Die Freizügigkeit des Goldes sei unmöglich aufrecht zu erhalten, sonst könnten wir zu einem Bankrott der Goldwährung kommen und das wünsche er nicht, denn man habe jetzt nichts an deren Stelle zu setzen. Er wünsche jetzt nur, die Goldwährung lebensfähig zu erhalten.

Abg. Kämpf (freis. Rp.) erwidert eingehend auf die Ausführungen des Vordredners und erklärt sich zum Schlusse gegen eine längere Vorlegungsfrist als 10 Tage.

Abg. Hermann (freis. Rp.) äußert sich über Einzelheiten des Schiedswegens und des Entwurfs im Anschluß an eine Eingabe der Bremer Handelskammer. Er hofft auf eine Aenderung des Entwurfs in der Kommission, namentlich der §§ 2 und 3.

Nach einer Entgegnung des Abg. Arenbt auf die Kampffschen Ausführungen geht der Entwurf an eine besondere Kommission.

Es folgt die dritte Beratung des Majestäts-Beleidigungsgesetzes.

Abg. Gylling (freis. Rp.) wendet sich gegen den Abgeordneten Heine in Sachen der Königsberger Schandfäulen-Affäre.

Handwritten calculations: 36 + 2000 = 1, 2000 : 36 = 0,55, 180, 100

Abg. Frank (Soz.):

Die Entrüstung über das Urteil in Königsberg ist jedenfalls größer als die Entrüstung über den Artikel in der „Königsberger Volkszeitung“. Der Redner nimmt im übrigen den Abg. Seine gegen die Vorwürfe des Vorredners in Schutz.

Das Gesetz wird darauf endgültig gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes betreffend die Änderung des § 883 des B. G. B.: Haftung des Tierhalters.

Abg. Schmidt-Warburg (Zentr.) begründet zunächst einen Antrag des Zentrums, der die Regierungsvorlage dahin abändert, daß die Ersatzpflicht nicht eintreten soll, wenn der Tierhalter die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beachtet hat, während die Regierungsvorlage bestimmte, daß der Tierhalter „bei der Aufsichtnahme des Tieres“ die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beachten müßte, um nicht ersatzpflichtig zu sein.

Abg. Dr. Bahrenhorst (Mp.) weist darauf hin, daß auch die Sozialdemokratie ein Interesse an der Abänderung des jetzigen Zustandes habe, unter dem gerade die unbemittelten Tierhalter zu leiden hätten.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Nach der Auffassung der verbündeten Regierungen handelt es sich darum, daß die nötige Sorgfalt bei dem Tierhalter im Augenblick, wo der Schaden angerichtet wird, vorhanden sein muß. Der Staatssekretär wendet sich sodann gegen den Antrag des Zentrums und bittet, es bei der Regierungsvorlage zu belassen.

Abg. Stadthagen (Soz.)

begründet den Antrag, wonach der Regierungsvorlage folgender zweiter Absatz hinzugefügt werden soll:

„Wer für einen von ihm verursachten Schaden deshalb nicht verantwortlich ist, weil ihm ein Vorfall oder Fahrlässigkeit nicht zur Last fällt, hat gleichwohl den Schaden insoweit zu ersetzen, als die Billigkeit nach den Umständen, insbesondere nach den Verhältnissen der Beteiligten eine Schadloshaltung erfordert und ihm nicht die Mittel entzogen werden, deren er zum standesgemäßen Unterhalt sowie zur Erfüllung seiner gesetzlichen Unterhaltspflicht bedarf.“

Zweitens verlangt der sozialdemokratische Antrag, daß der § 146 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft und § 185 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes aufgehoben werden, und drittens soll der Regierungsvorlage hinzugefügt werden: „Für jeden durch Hofen angerichteten Schaden haftet der Jagdberechtigte.“ Das Gesetz ist so antisozial wie möglich. Mit unserem ersten Antrag wollen wir die Probe auf das Exempel machen, ob es Ihnen (zur Mehrheit) mit Ihrer Sorge für die mittleren und kleinen Besitzer ernst ist. Der Antrag bewirkt, die großen Besitzer nach Maßgabe der Billigkeit für die von ihnen verursachten Schäden haftbar zu machen. Er trifft lediglich die Großgrundbesitzer. Hier Rhodus, hier salta! Durch den zweiten Antrag sollen die ländlichen Arbeiter geschützt werden, denen jetzt ein Anspruch an den Unternehmer oder Großgrundbesitzer auf Haftung für Schäden nicht zusteht, wenn dem Unternehmer Fahrlässigkeit oder Vorfall nachgewiesen werden kann. Wenn Sie (zur Mehrheit) wirklich gegen Ausnahmengesetze sind, so müßten Sie auch diesem Antrage zustimmen. Unserem dritten Antrag hält man nun entgegen: Der Hofe ist kein Haustier. (Heiterkeit.) § 883 des B. G. B. spricht aber ganz allgemein von Tieren. Es ist nicht mehr als recht und billig, daß der Großgrundbesitzer, der Jagdberechtigte, für den Schaden haftbar gemacht wird, den seine Hasen an dem Eigentum des Bauern, des kleinen Mannes, anrichten, ohne daß dieser die Hasen schießen darf.

Abg. v. Treuenfels (konf.) widerspricht lebhaft den Ausführungen des Vorredners und den neuen des Abg. Mollenhuth. Dessen Verlangen nach einer Zwangsversicherung für Tierhalter passe in die heutige Zeit nicht hinein. Mollenhuths neue Hauptbeweis: Mit diesem Gesetz nähmen die Agrarier armen Witwen und Waisen das Brot, wäre eine Unwahrheit. Das sei eine ganz gewissenlose Verleumdung. (Vizepräsident Kämpf ruft den Redner hierfür zur Ordnung.)

Nunmehr wird von den Sozialdemokraten beantragt, die Vorlage an die Kommission zu verweisen mitsamt den dazu gestellten Abänderungsanträgen.

Abg. Pogemann (ntl.) spricht sich kurz gegen die Anträge Abrecht und Genossen aus.

Abg. Stolte (Soz.)

weist noch einmal auf den Beschluß des deutschen Juristentages hin, der sich gegen die Abänderung des § 883 gewandt hat. Wird die Regierungsvorlage Gesetz, dann wird der kleine Mann, der sich kein Tier halten kann, benachteiligt, denn es wird dem

Cheater und Musik.

Diegried Wagners neuestes Werk, „Sternenabend“, erlebte am vergangenen Dienstag im Hamburger Stadttheater seine Uraufführung. Starke äußerliche Weisheit war da, jedoch darf dieser nicht als positiver Erfolg gedeutet werden, denn der Oper gebracht es wie allen früheren des Bayreuther Ensembles an einem klaren, vernünftigen Textbuch wie an einer originell bedeutsamen Tonsprache. Dunkle Mythen und geschraubte Phantasieereien bilden wieder den Grundzug des Werkes, dem allerdings eine ausgezeichnete Aufführung zuteil wurde.

Eine nachgelassene Ouvertüre von Lud. Thuille, ein Jugendwerk (1880) des betriebligen Komponisten, „Frühlingsovertüre“ betitelt, wurde aufgefunden und gelangt am 14. Februar im Musikantenkonzert in der Münchener Tonhalle zur ersten Aufführung.

Im Theater an der Wien wurde heute die neueste Operette von Franz Lehár „Der Mann mit den drei Frauen“ aufgeführt. Die großen Erwartungen, die auf den Komponisten der „Küßlichen Witwe“ gesetzt worden waren, erfüllten sich nicht in vollem Maße. Die Aufnahme der Operette war wegen Lehárs großer Beliebtheit ziemlich warm, blieb aber gegen frühere Erfolge weit zurück. (Münchener Abg. Bg.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

- Sonntag, 26. Jan. C. 31. „Figaros Hochzeit“, komische Oper in 4 Akten von Mozart. Anfang halb 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.
- Montag, 27. Jan. B. 31. Anlässlich des Geburtstages des deutschen Kaisers: „Wilhelm Tell“, Schauspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.
- Dienstag, 28. Jan. 18. Wort. auf. Abon. Zweites und letztes Gastspiel von Sigrid Arnoldson: „Romeo und Julia“, große Oper mit Ballet in 5 Akten nebst 1 Vorspiel von Gounod. Julia: Sigrid Arnoldson als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Tierhalter leicht gelingen, nachzuweisen, daß er es an der nötigen Sorgfalt nicht habe fehlen lassen.

Abg. Dove (freif. Vp.) spricht sich für Kommissionsberatung aus.

Staatssekretär Nieberding erklärt, daß die Kommission wohl nie fertig werden würde, wenn sie alle diese Fragen erörtern wolle.

Abg. Svahn (Zentr.) glaubt, die ganze Frage habe gar nicht die ganze praktische Tragweite, die man ihr zuschreibe. Er selbst aber enthalte sich dessen einen Antrag zu stellen.

Abg. Schmidt-Warburg (Zentr.) erklärt, nachdem jetzt eine große Partei einen Antrag auf kommissarische Beratung gestellt hätte, werde man ihr wohl zustimmen müssen.

Nach nochmaliger Bemerkung Stadthagens wird die Verweisung an die Kommission beschloffen. Dagegen stimmten Konservern und Nationalliberale.

Morgen 11 Uhr: Erste Lesung der Aufsatze zum Brüsseler Juden-Vertrag, dann Maß- und Gewichtsordnung in zweiter Lesung. Schluß halb 6 Uhr.

Aus der Partei.

Arbeiterturnerbund. Am nächsten Sonntag, den 26. Jan., findet in Durlach der 10. Turntag des 8. Bezirks statt. Die Verhandlungen beginnen morgens 9 Uhr bei sehr reichhaltiger Tagesordnung. Es werden über 100 Delegierte aus Baden und Elsaß sich zusammenfinden. Die Verhandlungen sind öffentlich.

Grünwettersbach, 21. Jan. Am kommenden Samstag, 26. ds. Mts., abends punkt 9 Uhr, findet die Generalversammlung des sozialdem. Vereines im Gasthaus zum „Adler“ statt. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.

Verghausen, 28. Jan. Den Mitgliedern des sozialdemokrat. Vereines diene zur Kenntnisnahme, daß am Samstag, 26. Jan., abends 8 Uhr, im Nebenzimmer des Gasthauses zur „Kanne“ unsere Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1907 stattfindet. Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, in der Generalversammlung zu erscheinen.

Rastatt, 21. Jan. Am Samstag, 26. ds. Mts., hält der sozialdem. Wahlverein im „Schützen“ seine Generalversammlung ab. Öffentlich tragen die Worte des Vorredners, welche derselbe in der am vergangenen Sonntag stattgefundenen Protestversammlung an die Genossen richtete, dazu bei, daß dieselbe gut besucht wird, wie man es von pflichtbewußten Genossen verlangen kann. Auch die säumigen Zahler werden gebeten, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Es ist doch wahrlich keine Freude für den Kassier, wenn er foudroyal Namen in der Liste stehen hat und kaum von der Hälfte Beiträge empfängt. Es ist überhaupt seit einiger Zeit eine Gleichgültigkeit und Lässigkeit eingetreten, die unbedingt aufhören muß, wenn von einer gedeihlichen Weiterentwicklung des Vereines gesprochen werden soll. Die Vorgänge im Reichstag sind doch nicht dazu angetan, daß man schläft und träumt, sondern sie verlangen eine energische Agitation unsererseits, weil man keinen Tag vor Ueberraschungen sicher ist. Also auf in die Generalversammlung!

Der Verband der freien Schenk- und Gastwirte Deutschlands hat nunmehr auch in Baden Boden gefast. Vorgehen ist in Pforzheim die Gründung einer Zahlstelle vor sich gegangen. Mitglied des Verbandes kann nur derjenige werden, der die Grundzüge der sozialdemokratischen Partei Deutschlands anerkennt und politisch organisiert ist. Die Wirte, auf die diese Voraussetzung zutrifft, werden ersucht, sich dem Verbands anzuschließen. Das Nähere erfahren sie bei den bekannten Genossen, die Wirte sind.

Gewerkschaftliches.

Singen, 18. Jan. Dieser Tage wurde der Geschäftsbericht der Fittingswerke für das Jahr 1907 veröffentlicht, laut welchem die Aktionäre für ihre „anstrengende“ Tätigkeit, trotz enormer Abschreibungen, die bescheidene Dividende von 10 Proz. erhalten, wobei der Geschäftsbericht konstatiert, daß das abgelaufene Geschäftsjahr ein überaus günstigeres und ertragreicheres, als das Jahr 1906 war. Von größter Wichtigkeit ist auch, daß der Geschäftsbericht ausdrücklich vermerkt, daß für das laufende Geschäftsjahr schon soviel Aufträge vorliegen, daß der Betrieb in seinem vollen Umfang gesichert erscheint, daß also die an anderen Orten eingetretene Krise auf die Fittingswerke keinen Einfluß hatte. Da berührt es um so mehrwunderswürdig, wenn man hört, daß zu derselben Zeit, in der dieser überaus günstige Geschäftsbericht erschien, in den verschiedensten Abteilungen der Fittingswerke den Arbeitern recht erhebliche Abkürzungen offeriert wurden, Abzüge, die um so schwerer empfunden werden müssen, als ja Singen bekanntermaßen ein recht teures Pflaster ist und die bisherigen Löhne nur in ganz vereinzelten Fällen mit eben diesem teuren Pflaster einigermaßen in Einklang waren. Eigentlich wäre es nötiger gewesen, die meisten dieser Abkürzungen zu erheben, statt sie zu erniedrigen. Und dann noch eins: Es sind doch erst ein paar Wochen her, daß die Direktion durch ihre Selbstjournale verkünden ließ, auch in diesem Jahre würden die Arbeiter, trotz der Sperre und sonstigen bekannten Vorgängen, das übliche Weihnachtsgeschenk erhalten. Und nun ein paar Wochen nachher kommt die Direktion und giebt den also beschenkten Arbeitern mangelnd 4-6 Mk. am Akkord ab, macht pro Jahr 200-300 Mk.; für dies Geld könnte man sich schon ein recht hübsches Weihnachtsgeschenk zulegen. Außerdem ist es eine Unverschämtheit sondergleichen, wenn die Direktion das an Weihnachten gegebene Geschenk kurz nachher den Arbeitern mit Buchergeldern wieder abknüpft. Natürlich sind hier, wie überall, die Arbeiter zum größten Teil selbst schuld daran, daß die Direktion ihnen derartiges bieten kann. Zu hunderten von Malen ist ihnen gesagt worden: „Organisiert euch! Es kommt die Zeit, wo ihr die Organisation notwendig braucht!“ Vergeblich. Jetzt, wo ihnen das Feuer an den Fingernägeln brennt, kommen sie gesprungen und jammern. So kann das rigorose Vorgehen der Direktion wenigstens eine gute Folge haben und das ist die, daß endlich auch dem rückständigsten Fittingsarbeiter so eine Abnung von Massenbewußtsein dämmert und er einseht, daß nur mit und durch die Organisation erreicht werden kann, daß der Direktion für die Folge derartige Lohnreduzierungsgehülfe verweigert.

Nun noch den „Singer Nachrichten“ ein Wort ins Stammbuch, Anlässlich jener Weihnachtsbescherung berichtete dieses Reibblatt recht ausführlich über die gegebenen Geschenke. Wir erwarten nunmehr, daß auch die „Singer Nachrichten“ ihren Lesern mitteilen, wie die Direktion sich für gegebene Geschenke schadlos zu halten versteht.

Vom Schlachtfelde der Arbeit.

Glänzend war in den letzten Jahren der Geschäftsgang für Handel und Industrie in Deutschland. Riesengroß ist der Profit gewesen, der den Unternehmern und Kapitalisten zufließt. Mit fürchtbar vermehrten Opfern hat dagegen die Arbeiterschaft der Kapitalistenklasse den goldenen Gewinn erkauft. Größer war die Hitze bei der Arbeit, ausgedehnter nicht selten die Arbeitszeit, Tausende von ungeübten Arbeitern wurden an gefährliche Maschinen gestellt und sind zu Schaden gekommen. Wichtig ist deshalb die Zahl der Unfälle in die Höhe geschossen. Ganze Heere von Arbeitern haben das Leben respektive ihre Gesundheit und ihre Glieder im Dienste des Kapitalismus eingebüßt.

Dem Reichstage ist soeben die Nachweisung der Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1906 zugegangen. Mit Zahlen wird die bürgerliche Presse da wieder prohen, hinweisen auf die großen Summen, die den Arbeitern zugeflossen seien. Von den Mutilpfern der Arbeitermassen wird in der kapitalistischen Presse nicht im Geringsten berichtet.

Die Zahl der Berufsgenossenschaften, auf welche sich die Rechnungsergebnisse beziehen, beträgt, wie im Vorjahre 114. Von den gesamten Versicherungsträgern bestehen a) auf Grund des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes: 64 Berufsgenossenschaften mit 639 826 Betrieben, 8 284 021 durchschnittlich Versicherten oder 7 291 034 Vollarbeitern, 62 staatliche Ausführungsbehörden mit 523 980 durchschnittlich Versicherten oder 520 275 Vollarbeitern; b) auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft: 48 Berufsgenossenschaften mit 4 695 789 Betrieben und 11 189 071 durchschnittlich Versicherten, 54 staatliche Ausführungsbehörden mit 238 849 durchschnittlich Versicherten oder 67 599 Vollarbeitern; c) auf Grund des Bau-Unfallversicherungsgesetzes: 1 Berufsgenossenschaft mit 18 490 Betrieben und 266 769 durchschnittlich Versicherten oder 152 867 Vollarbeitern, 76 staatliche Ausführungsbehörden mit 46 287 durchschnittlich Versicherten oder 29 750 Vollarbeitern 322 kommunale Ausführungsbehörden mit 102 863 durchschnittlich Versicherten oder 58 655 Vollarbeitern, 13 Versicherungsanstalten mit 80 383 Vollarbeitern; d) auf Grund des See-Unfallversicherungsgesetzes: 1 Berufsgenossenschaft mit 1619 Betrieben und 74 710 durchschnittlich Versicherten oder 68 818 Vollarbeitern, 13 staatliche Ausführungsbehörden mit 713 durchschnittlich Versicherten oder 617 Vollarbeitern, 1 Versicherungsanstalt.

Von den 114 Berufsgenossenschaften wurde im Jahre 1906 eine Gesamtausgabe von 170 908 045 Mk. nachgewiesen. Davon wurden 129 169 585 Mk. als Entschädigungen an Verletzte gezahlt; die Kosten der Fürsorge für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartezeit betragen 714 071 Mk. Von den Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden sind an Entschädigungen 11 352 113 Mk. gezahlt worden. Für die Bauwerks-Berufsgenossenschaften, die Tiefbau- und die See-Berufsgenossenschaft werden 1 914 165 Mk. an Entschädigungen nachgewiesen. Die Gesamtsumme der den Verletzten gezahlten Entschädigungsbeträge beläuft sich im Rechnungsjahre 1906 auf 142 436 864 Mk.

Das ist gewiß eine recht bedeutende Summe, wenn man sie allein für sich betrachtet. Sie erscheint aber sofort unbedeutend, wenn man sieht, was die Arbeiter dafür zu opfern hatten. Die Anzahl sämtlicher im Jahre 1906 zur Anmeldung gelangten Unfälle betragt

645 583!

gegen 609 160 im Jahre 1905. Die Zahl der Unfälle ist also in einem Jahre um 36 348 gestiegen. Tatsächlich ist die Zahl der borgekommenen Unfälle jedoch noch größer. In den Erklärungen der Regierung wird gesagt:

„Die Mitteilung aller Unfälle, welche den Tod oder eine Erwerbsunfähigkeit des Verletzten von mehr als drei Tagen zur Folge haben, an ein Genossenschaftsorgan ist zwar gesetzlich vorgeschrieben; ein Teil dieser Unfälle wird aber immerhin trotzdem nicht zur Anmeldung gelangen, und es ist deshalb anzunehmen, daß die angegebenen Gesamtzahlen der Unfälle im allgemeinen noch hinter der Wirklichkeit zurückbleiben.“

Für alle Unfälle wird natürlich nicht eine Rente gezahlt. Erst 13 Wochen nach dem Unfälle haben die Berufsgenossenschaften die Entschädigung der Verletzten zu übernehmen. Die Zahl der Unfälle, für welche im Jahre 1906 zum erstenmale Entschädigungen gezahlt wurden, beläuft sich zusammen auf

139 726!

Das Rentenquettchen muß mit riesigem Eifer betrieben worden sein. Denn die Zahl der Entschädigungen ist um 1395 geringer als 1905, trotzdem, wie gesagt, die Zahl der Unfälle um 36 378 gestiegen ist. Für leichter Verletzungen gezahlt das Unternehmertum den Opfern an liebsten keinen Pfennig. Für Unfälle mit tödlichem Ausgang wurden 1906 zum erstenmale in

9141

Fällen Entschädigung gezahlt, gegen 8928 im Jahre 1906. Die Zahl der Getöteten, deren Hinterbliebenen Rente beanspruchen konnten, stieg also um 213. Die Zahl der Unfälle ist auch hier größer, denn nicht alle Getöteten haben Hinterbliebene. Unfälle mit Folge dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit kamen 1463 zur Entschädigung. Die tödlich verletzten Personen hinterließen 6174 Witwen 12 646 Kinder und 331 Verwandte. Eine Zusammenstellung über die Höhe der gezahlten Renten ist der Nachweisung nicht beigegeben worden. Man weiß freilich auch so, daß die Opfer, die auf dem Schlachtfelde der Arbeit bluteten, zum Teil in der jammervollsten Weise abgefunden werden. Nur in ganz wenigen Fällen wird völlig erwerbsunfähigen Personen eine Rente gezahlt, die höher ist als die gesetzliche Rente von 68% Prozent des Jahresarbeitsverdienstes. Es liegt wirklich kein Anlaß vor, die Unfallgesetzgebung zu rühmen; sie ist vielmehr ganz außerordentlich verbesseungsbedürftig. Davon ist aber bei der Regierung keine Rede. Man läßt die Opfer der kapitalistischen Produktionsweise ruhig darben zum Vorteile der Unternehmer.

Geschäftsamt... Niesengroß... und Kapitälern hat...

Welche sich die... im Vorjahre... bestehen...

Wenn man... sofort... dafür...

Anfälle in... katästrophisch... noch größer...

Lob oder... drei Tagen... aber immer...

er betrieben... um die Zahl... der Verletzungen...

abre 1906... Rente... der Un... haben...

Die 126... über... nicht... daß die...

Produkt... ernnehmer...

Badische Chronik.

Durlach.

28. Januar. - Ueber die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse im Durlacher Amtsbezirk pro 4. Quartal 1907...

- Wie wir hören, besteht die Absicht, hier eine allgemeine Karnevals-Gesellschaft zu gründen...

Offenburg.

28. Januar. - Wir machen die organisierten Arbeiter auf den am nächsten Samstag Abend 8 Uhr in der „Mittelhalle“ stattfindenden Regitationsabend von Walloite aufmerksam...

- Etwas vom Zeitgeist. In der Nr. 15 vom 19. ds. Mts. ist in der „Offenb. Ztg.“ zu lesen:

„Arbeiterinnen-Verein Offenburg.“

Der Verein beteiligt sich an der Protestversammlung am Sonntag Abend halb 9 Uhr in der „Mittelhalle“.

Der Präses. - Bravo! dachten wir. Endlich einmal eine Kundgebung eines Zentrumsblattes an die Frauen...

Wenn vor ungefähr 12 Jahren noch hier - und anderwärts - Frauen an politischen Versammlungen der Sozialdemokraten teilnahmen...

Wir haben uns wirklich gefreut über dies Inserat, denn wissen die Frauen erst einmal, daß sie als gleichberechtigter Faktor in der Politik gelten...

„Weshalb organisiert das Zentrum die Diensthoten?“ In Wochu hat Frau Justizrat Trimborn, wie es in der „Ndn. Volkstz.“ heißt...

Wir anderen Worten: Wenn die Sozialdemokraten nicht begreifen hätten, die weiblichen Hausflaben aufzuräumen, würde auch das Zentrum die Finger von der Sache gelassen haben...

- Rusteifer Dähmann ist nicht an Genickstarre, sondern an Tuberkulose gestorben.

Freiburg.

28. Januar. - Arbeiterturnerbund (10. Kreis, 1. Bezirk). Auch im Oberboden und Oberlauf hat der Arbeiterturnerbund seit einem Jahre durch Gründung eines Bezirks festes Fuß gefaßt...

den. Der Turnbericht verzeichnete auch eine rege Tätigkeit, indem vier Vorturnerkunden und eine Bezirksturnfahrt nach Zellberg-Kittsee mit 107 Teilnehmern stattfand...

„Im Hinblick darauf, daß die Deutsche Turnerschaft immer mehr ins Fahrwasser der Arbeitervereine, der schärfsten Gegner der modernen Arbeiterbewegung, gezogen wird, erachten es die versammelten Vertreter am Bezirksturntag des 1. Bezirks des Arbeiterturnerbundes als unabweisbare Pflicht, daß es für ehrlich denkende Arbeiter, die ihre eigenen Klassengenossen nicht verraten und ihre Interessen nicht mit Füßen treten wollen, keinen andern Weg geben kann, als dieser Turnerschaft den Rücken zu kehren und sich dem Arbeiterturnerbund anzuschließen.“

- Am letzten Sonntag hielt der Gesangsverein Sängerkunst Freiburg-Gaslach seine erste Generalversammlung ab. Trotzdem dem Verein von unsern Gegnern mancherlei Hindernisse bereitet wurden, so hat er sich doch in der kurzen Zeit des Bestehens gut entwickelt...

* St. Georgen bei Freiburg, 28. Jan. Am Sonntag, 26. ds. findet hier in der „Stube“ eine Versammlung statt, zu welcher wir alle politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, sowie die Volkshilfsabonnenten von St. Georgen und dem Vorort Gaslach freundlichst einladen...

Konstanz, 28. Jan. Heute Abend erschöpfte sich hinter der Kaserne der Einjährig-Freiwillige Häuser der 7. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 114 mittels eines Revolvers. Er wurde noch lebend in das Garnisonlazarett gebracht...

Malsbühl, 28. Jan. Von der Konstanzger Strafkammer wurde der zuletzt hier als Hauptlehrer angestellte gewesene Andreas Werner von Bräunlingen wegen zahlreicher Sittlichkeitsvergehen zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Kommunalpolitik.

Ruppenheim, 21. Jan. Am Freitag, 17. ds. Mts., fand hier die Wahl des Bürgermeisters statt und wurde an Stelle des bisherigen Bürgermeisters Herrn Lorenz Stemmler, der Gemeinderat Herr J. W. W. gewählt. Der Wahlkampf war sehr heiß, machten das die Gegner alle Anstrengungen, das Pfarrhofregiment hochzuhalten...

Was den neuen Bürgermeister betrifft, so ist derselbe nach unserer Auffassung ein wirklich liberaler und ehrenhafter Mann. Wir möchten demselben viel Glück zu seinem neuen Amte, er möge es stets unparteiisch verwaltend und stets eingedenk sein, daß der Bürgermeister die Interessen der ganzen Gemeinde zu vertreten hat und nicht allein diejenigen des Pfarrhofes.

Was den alten Herrn Lorenz Stemmler anbelangt, so kann sich derselbe bei Herrn Pfarrer Winterhaller bedanken für seinen Durchfall. Wie junge behaupten, daß jetzt auch der Herr Pfarrer sich versehen lassen will. Wir würden das sehr bedauern, denn dann würde unsere Partei eine sehr tüchtige Kraft verlieren und solche Agitatoren bekommt man nicht alle Tage.

Die Geheimnisse der Adlervilla vor Gericht.

Die Verhandlung gegen die Grafen Hohenau und Lynar ging gestern hinter geschlossenen Türen weiter. Als Zeugen sind Kriminalkommissar v. Treichow, eine frühere Köchin namens Ida Mann und ein ehemaliger Diener des Grafen Lynar geladen. Gestern Vormittag wurden die Hauptbelastungszeugen gegen den Grafen Lynar vernommen, u. a. Unteroffizier Seese vom Regiment Garde du Corps, der seinerzeit bei Lynar als Wurf tätig war und die Meldungen über allzu große Härlichkeiten Lynars machte. Zu dem Zeugnis des Unteroffiziers wird der Regimentskommandeur, Oberst Freiherr von Nischhofen, aufgerufen, der über die Meldung und deren Weitergabe sich äußern soll. Der Vorsitzende ersuchte die Verteidiger, darauf bedacht zu sein, die Verhandlung möglichst gestern noch zu Ende zu führen. Er selbst fühle sich gesundheitlich so schlecht, daß er nicht dafür garantieren könne, einer etwa für heute fest-

gesetzten Verhandlung beiwohnen zu können. Wie verlautet, hat der vernommene Zeuge Vollhardt nichts weiter bezeugt, als das, was er bereits im Garben-Prozess ausgesagt hat. (Das genügt ja auch, Red.)

Der Vertreter der Anklage beantragte gegen den Grafen Hohenau Freisprechung, und gegen den Grafen Lynar 1 Jahr vier Monate Gefängnis.

Das Urteil.

Das Gericht der ersten Garbedivision fällt folgendes Urteil: Graf Hohenau wird von der Anklage der widerrechtlichen Unzucht freigesprochen.

freigesprochen.

Graf Lynar wird wegen Mißbrauch der Dienstgewalt in sechs Fällen, von denen vier in rechtl. Zusammenhang mit Beleidigung von Untergebenen und fünf in rechtl. Zusammenhang mit sittlichen Verfehlungen stehen, zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Gericht sprach den Grafen Hohenau frei, weil eine Schuld nicht erwiesen, nicht aber, weil seine Unschuld erwiesen war. Die Tatbestandsmerkmale des § 175 des Strafgesetzbuches wurden in der Hauptverhandlung nicht festgestellt. - Gegen den Grafen Lynar wird der Beweis der im Urteilstenor bezeichneten strafbaren Handlungen als geführt erachtet. Die Untersuchungshaft konnte nicht angerechnet werden, da der Angeklagte die Verzögerung der Hauptverhandlung durch sein Verhalten verschuldete. Für die weitere Begründung beschloß der Gerichtshof die Öffentlichkeit im Interesse der militärischen Disziplin wieder auszuschließen.

Neues vom Tage.

Die holländische Schiffskatastrophe.

Speel van Holland, 28. Jan. Bekanntlich wird ein Schiffsboot vermißt, das 21 Personen sah. In dem Boote befand sich u. a. eine Dame, drei Dienstmädchen, ein Oberkellner, zwei Heizer und ein Matrose. An Bord des Bootes befand sich Trinkwasser und Zwieback für mehrere Tage, außerdem Segel, Ruder und Kompaß. Alle Anstrengungen, dieses Boot aufzufinden, sind bisher ergebnislos geblieben. Der Nebel ist unverändert dicht. - Nach einer neuerlichen Meldung war das Boot bis heute Nachmittag 1/2 Uhr nicht aufgefunden worden. Die Aufregung des zu Tausenden am Strande wartenden Publikums wächst von Stunde zu Stunde. Es werden noch 21 Passagiere und 7 Personen der Besatzung, zusammen 28 Personen, vermißt.

Stuttgart, 28. Jan. Ermordet wurde heute früh hier die etwa 55 Jahre alte Glaserwitwe Fuhr in einem Hause der Fürstenstraße unweit des Bahnhofs. Die Frau wurde mittags mit einem Knebel im Munde tot vor dem Bette aufgefunden. Die Ermordete hat zwei schulpflichtige Kinder noch früh um 8 Uhr zur Schule gebracht. Es scheint Raubmord vorzuliegen, da alle Behältnisse durchstöbert waren.

Frankfurt a. M., 28. Jan. Der 28jährige Postbote Bernhard Gübner wurde wegen Giftmordversuch in Haft genommen. Er wird beschuldigt, seinem unehelichen Kind, das er bei einer Frau hier in Pflege gegeben hatte, Salzsäure in die Milch gemischt zu haben. Gübner unterhielt mit drei verschiedenen Dienstmädchen Verhältnisse. Eines der Mädchen ist seit sechs Wochen Mutter eines Knäbchens, die beiden anderen Mädchen sind in geeigneten Umständen.

München, 28. Jan. Die Expresser-Affäre Wölfl. Heute Abend 6 1/2 Uhr wurde im Prozeß gegen den Restaurateur Wölfl und dessen Frau folgendes Urteil gesprochen: August Wölfl wird wegen eines Verbrechens der fortgesetzten Urkundenfälschung und wegen des Verbrechens der fortgesetzten Erpressung zu 5 Jahren Zuchthaus und 2000 Mark Geldstrafe evtl. weitere 200 Tage Zuchthaus sowie zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren, Josefina Wölfl wegen Beihilfe zu einem Verbrechen der fortgesetzten Erpressung zu einer Gefängnisstrafe von 4 Jahren und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren verurteilt.

Potsdam, 28. Jan. Der Potsdamer Polizei wurde der Verlust von Wertpapieren im Betrage von 20 000 M. gemeldet. Bei den eingehenden Vernehmungen hat man festgestellt, daß zwei Schweistern, Unteroffiziersfrauen, die als Schneiderinnen vor ihrer Verheiratung in der betreffenden Familie tätig waren, Wertpapiere aus den offen stehenden Geldspinden entwendet hatten. Auch von anderer Seite sind zahlreiche Verluste aus solchen Familien gemeldet worden, wo die beiden Schweistern als Schneiderinnen tätig waren. In den Wohnungen der Unteroffiziersfrauen wurde nun Hausdurchsuchung gehalten und ein Teil der Wertpapiere entdeckt.

Friedrichshagen, 28. Jan. Heute Morgen 5 1/2 Uhr fanden Arbeiter am Waldesbaume, etwa 500 Meter von der königlichen Försterei Müggelsee entfernt, zwischen Wachholdersträuchern die Leiche des Försters Schwarzenstein von der Försterei Müggelsee. Das Gewehr wurde bei der Leiche, die mehrere Schußwunden aufwies und aus dem Munde blutete, nicht mehr aufgefunden.

Altenstein, 28. Jan. Heute Abend wird auch der Hauptmann von Obden zur Beobachtung seines Geisteszustandes der Provinzial-Irrenanstalt in Rortan zugeführt werden.

Die Frau Major ist bekanntlich schon in einer Irrenanstalt untergebracht. Bei armen Teufeln fragt man wenig nach der Beschaffenheit des Geisteszustandes, obgleich die Notwendigkeit hierzu öfter vorläge. Sie werden einfach verknurr.

London, 28. Jan. Aus Newhorth wird gemeldet, daß die bekannte Schauspielerin Mary Clark in einem Restaurant in Broadway, zu einer Zeit, in der das Lokal mit den vornehmsten Gästen voll besetzt war, einen Mord und darauf Selbstmord verübt habe. Das Opfer des Mordes war ein Kaufmann namens John Brady. Die Schauspielerin stürzte sich auf ihn und erschog ihn, während er das Diner einnahm. Darauf erschog sie sich selbst. Beide lagen tot auf dem Fußboden des Restaurants. Unter den Gästen entstand eine Panik. Brady hand früher in näheren Beziehungen zu der Schauspielerin und hatte sie verlassen.

Newport, 28. Jan. Aus Meriba, der Hauptstadt des amerikanischen Staates Yucatan wird telegraphisch gemeldet, daß der nördliche Teil des mexikanischen Golfes, von einem starken Erdbeben heimgesucht worden ist, das längs der Küste von Yucatan und auf allen Inseln des Golfes verspürt

worden ist. Infolge des Erdstößes sind die beiden Inseln Obispo del Sur und Capo Nuevo vom Meere verschlungen worden.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 24. Jan.

Arbeitslose!

Lösung! Alle in Karlsruhe ansässigen Arbeitslosen werden aufgefordert, sich in der am 28. Januar, vormittags 10 Uhr, im Wöhrleinschen Saal stattfindenden Arbeitslosen-Versammlung einzufinden.

Sängerkartell Karlsruhe.

In der am Montag Abend stattgefundenen Sitzung des Sängerkartells hat sich dasselbe für dieses Jahr neu konstituiert und wurde Genosse Wilhelm Bergmann, Erbrinzenstraße 10, zum Vorsitzenden gewählt.

Die Wertzuwachssteuer in der Öffentlichkeit.

Dass eine Steuer von der Bevölkerung gern getragen wird, ist selten, daß sie von ihr gefordert wird, ja daß es geradezu als eine Pflicht der Regierung bezeichnet wird, eine Steuer einzuführen, dürfte in der Geschichte der Steuerpolitik wohl einzig dastehen.

Der Vortragende, A. Pohlmann-Deimold, zeigte in überzeugender Weise die Berechtigung und die guten Wirkungen der alten Grundsteuer, die von den politisch Mächtigen nach und nach abgeschüttelt wurden, während mehr und mehr die Mittel für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch Steuern und Abgaben aufgebracht werden mußten.

Nach dem mit lebhafter Zustimmung aufgenommenen Beschlusse der badischen Regierung, eine Wertzuwachssteuer einzuführen, sieht die Versammlung in der Bedeutung der sozialpolitischen Forderung, die Erfüllung einer sittlichen und sozialpolitischen Forderung, die Versammlung wünscht dringend, daß die Besteuerung des unbedienten Wertzuwachses allgemein auf Stadt und Land, auf behaute und unbehaute Grundstücke ausgedehnt werde.

In der darauffolgenden freien Aussprache weist Geometer Frei die Zuwachssteuer als überflüssig zurück, da der Wertzuwachs schon durch die Vermögenssteuer hinreichend getroffen werde; die Steuer werde den Grundbesitzer schädigen, indem sie den Besitz entwertet; sie führe auch zu Hinterziehungen, besonders wenn sie hoch sei.

nicht finden, daß der Hausbesitzer mit Recht gegen die Zuwachssteuer sich beschwere, da dadurch eine Entlastung des Hausbesitzes eintreten könne. Die Spekulationsgewinne bezeichnet er als unbillig. Der Staat muß am Ertrag der Steuer teilnehmen aus Gerechtigkeit gegen das Land, das seine Bevölkerung an die Städte abgibt und zu deren Nutzen beitrage.

Nachdem der vorgeschlagene Beschluß mit allen gegen 8 Stimmen angenommen, nach einem Schlußwort des Berichterstatters wird die glänzend verlaufene Versammlung gegen 12 Uhr geschlossen.

Einrichtung eines Licht-Luftbades.

Der Naturheilverein hielt gestern Abend eine außerordentliche Generalversammlung ab, in welcher der Vorsitzende über Verhandlungen mit dem Stadtrat, betr. Errichtung eines Licht-Luftbades, Bericht erstattete. Der Stadtrat erklärte dem Vorstande des Naturheilvereins gegenüber, daß die Stadtverwaltung für die nächste Zukunft von der Errichtung eines solchen Bades schon aus dem Grunde absehen würde, weil die Interessenten an dieser Angelegenheit, welche der Stadtrat gehört habe, sehr verschiedene Richtungen vertreten hätten.

Unfall. Gestern Mittag schenkte 2 Krämpferpferde vom hiesigen Leib-Dragoon-Regiment Nr. 20 in der Schlachthaus für einer dort rangierenden Lokomotive. Dabei geriet ein hiesiger verheirateter Geschäftsmann unter den mit Dung beladenen Wagen und erlitt dadurch derartige Querschnitte, daß er mittels Drofchs in das städtische Krankenhaus verbracht werden mußte.

Schwurgericht.

§ Karlsruhe, 23. Jan.

4. Fälschung öffentlicher Urkunden und Betrug. In dem letzten, von Landgerichtsrat König präsidierten Falle, der der Aburteilung durch das Schwurgericht unterlag, war der 20 Jahre alte

Hausbursche Gustav Schneider

aus Baden der Fälschung öffentlicher Urkunden und des Betrugs angeklagt. Der bisher unbescholtene Angeklagte befand sich zuletzt in Baden bei der Firma Eduard Rechner, Kaffeeroßerei und Import, als Hausbursche in Stellung. Seine hauptsächlichste Arbeit bestand darin, daß er Waren an die Bahn, in die Hotels und zu der Privatbank des Herrn zu führen hatte.

An die Geschworenen waren drei Schuldfragen, eine Schuldfrage wegen Fälschung öffentlicher Urkunden, wegen Fälschung von Privaturkunden und wegen Betrugs, sowie zu jeder Schuldfrage eine Frage nach mildernden Umständen gerichtet. Nach den Plaidoyers des Staatsanwaltes Dr. Weicher und des Verteidigers Dr. Harter gaben sich die Geschworenen zur Beratung des Wahrspruchs zurück.

6 Wochen Gefängnis,

abzüglich 4 Wochen Untersuchungshaft. Damit hatte die Schwurgerichtstagung ihr Ende erreicht.

Bereine und Versammlungen.

Kielingen, 20. Jan. In der gestrigen Protestversammlung, welche von 150 Personen besucht war, erläuterte Gen. Wili an der Hand des neuen Vereinsgesetzes die Gefahren, die uns mit Inkrafttreten dieses Gesetzes drohen. Er wies u. A. darauf hin, daß beim jetzigen badischen Vereinsgesetz die Polizei schon Schikanen genug bereiten kann und namentlich Arbeitervereine gegenüber, auch schon bereit hat.

Grüdingen, 21. Jan. Eine Protestversammlung gegen den Entwurf des Reichsvereinsgesetzes fand am Samstag Abend hier statt. Der Referent, Genosse Rüdert aus Karlsruhe,

entlebte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise. Leider war die Versammlung nur mäßig besucht.

Jöhlingen, 20. Jan. Die am Sonntag abgehaltene Protestversammlung war von ca. 200 Personen besucht. Der Referent, Genosse Weinländer aus Karlsruhe, beleuchtete in einstudiertem Referat den Entwurf, sowie die Verschlechterungen des Vereinsgesetzes in Baden. Auch mit der Bülowischen Vorklause ging er ganz unanfs ins Gericht. Genosse Weinländer erzielte allgemeinen Beifall. Eine diesbezügliche Resolution wurde angenommen.

Mörsch, 21. Jan. Die Protestversammlung gegen das neue Vereinsgesetz war ziemlich gut besucht. Der Referat hatte Genosse Trabinger aus Karlsruhe übernommen. Nach dem Vortrage wurde die bekannte Resolution einstimmig angenommen.

Vorchheim, 20. Jan. Am letzten Sonntag fand hier eine Protestversammlung gegen das neue Vereinsgesetz statt, welche auch von Anhängern der demokratischen und Zentrumsparthei besucht war. Der Referent, Gen. Trabinger aus Karlsruhe, beleuchtete in andertthalbhündigem Referat den Entwurf und insbesondere die Verschlechterungen, die er gegenüber den bei uns in Baden bestehenden Verhältnissen enthalte. Auch behandelte Redner die letzten Vorgänge in Berlin, welche sich am 10. Jan. dort abspielten, sowie die Wirkungen des Zolltarifs und dessen Urheber. Am Schlusse seines Referates forderte er die Anwesenden auf, immer mehr für die Organisation unserer Partei und deren Presse zu wirken, was auch von Erfolg war. Reichher Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen.

Bei der Diskussion, in welcher sich auch die Demokraten beteiligten, kam es zu einer heftigen Debatte. Zunächst erklärte der Sprecher der Demokraten, ein gewisser Herr Nagel, sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, wobei er sich auch für die Annahme einer entsprechenden Resolution aussprach. Alsdann kam ein Genosse auf den Zolltarif zu sprechen, wobei er auch die demokratische Partei mit bezantwortlich machte. Dies veranlaßte Herrn Nagel, für seine Partei eine lange zu brechen, indem er pathetisch erklärte, ein solcher Vortritt sei ungerathen und er wisse ihn entschieden zurück, denn die Demokraten seien nicht für die Verteuerung der Lebensmittel eingetreten usw. Alsdann polemisierte dieser Herr Nagel (auch ein Arbeiter) gegen die Sozialdemokratie, indem er erklärte: „Solange die Sozialdemokraten auf ihrem Herrschaftspunkt und auf ihrem entweder alles oder nichts beharrt, können die Demokraten sich niemals mit ihnen einlassen.“

Kastatt, 21. Jan. Der sozialdem. Wahlverein und die freien Gewerkschaften hatten am Sonntag, 19. ds. Mts., eine Protestversammlung gegen das neue Vereinsgesetz abgehalten. Dieselbe fand in der städtischen Turnhalle statt. Trotzdem noch andere Veranstaltungen stattfanden, war die Versammlung doch gut besucht. Fast 200 Personen, nur Arbeiter, hatten sich eingefunden. Der Referent, Genosse Wuttke, bestand es in seinem fast zweistündigen Vortrage, die Nachteile und Folgen des neuen Vereinsgesetzes den Anwesenden karzulegen. Reichher Beifall lohnte den Referenten für seine Ausführungen. Mit einem Appell an die Anwesenden, der Organisation beizutreten, schloß der Vorsitzende die imposant verlaufene Versammlung.

Der katholische Arbeiterverein, der Männerverein und der Zentrumsverein hatten zur gleichen Stunde ebenfalls eine Protestversammlung einberufen, zu der auch die christlichen Gewerkschaften eingeladen waren. Die drei genannten Vereine boten alles auf, um für einen guten Besuch zu sorgen. In der Stadt wurden Flugblätter verbreitet, auch die „Kastatter Zeitung“ legte solche ihren Abonnenten bei. Aber es hat alles nichts geholfen; die Versammlung war schlecht besucht, trotzdem noch auswärtige Gäste erschienen waren. Es waren etwas über 100 Personen anwesend. Arbeiter im eigentlichen Sinne des Wortes waren es vielleicht 30. Es war dies für die Artischreiber der „Kastatter Zeitung“, welche sich in letzter Zeit in der Rolle als Sozialisten geübt, recht fatal. Ja, diese Kastatterin, mit Lügen, Verleumdungen und Scherzartikeln kann man heutzutage keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken, viel weniger noch anständige Arbeiter gewinnen. Selbst die arbeitslosen Arbeiter lassen sich nicht mehr mit den abgedroschenen Phrasen aus der M.-Gladbacher Jesuitenkirche abspäßen; denn auch diese lernen einsehen, daß sie nur auf dem Wege des Kampfes ihre Lage verbessern können. Vor nicht gar so langer Zeit rief die „Kastatter Zeitung“ den intelligenten Arbeitern von uns abzurücken; am Sonntag hätte die Kastatterin sich überzeugen können, daß die intelligenten Arbeiter bei uns zu finden waren.

Zu bebauern ist, daß die Gewerkschaften und die Partei noch immer kein größeres Lokal zu ihren Versammlungen erhalten können und soll der Frage nähergetreten werden, hier ein Gewerkschaftshaus zu bauen.

Wetern, 21. Jan. Am Sonntag, 19. Jan., fand hier in „Widen Mann“ die vom Wahlverein einberufene Protestversammlung gegen das neue Vereinsgesetz statt. Der Besuch der Versammlung war ein guter, denn der geräumige Saal war bis auf wenige Plätze besetzt. Als Referent trat Genosse Apotheker Lutz aus Baden-Baden anwesend, welcher zuerst die politische Lage besprach und dann das badische Vereinsrecht erörterte und später an der Hand desselben die Verschlechterungen durch die Reichsvereinsgesetzbildung darlegte. In seinem Schlußwort sprach der Referent über die Stellung der Sozialdemokratie und Zentrum. Die vom Vorherrscher Müller verlesene Resolution, die die Gesetzesvorlage in ihrer jetzigen Fassung ablehnt, fand einstimmige Annahme.

Radolfzell, 21. Jan. Am 9. Februar, nachmittags 2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Alder“ die Konferenz des 1. bad. Reichstags-Wahlkreises statt. Tagesordnung: Feststellung der Delegierten, Bericht des Vorsitzenden, Wahl des Vorortes, Wahl des Vorsitzenden, Kasernenbericht, Agitation und Anträge für den Parteitag. Die Tagesordnung wurde bereits vor zwei Wochen den Ortsvereinen zugestellt. Betreffs der Delegiertenwahl machen wir auf das Kreisstatut aufmerksam.

Parteilosen, welche den Verhandlungen antwohnen wollten, haben sich durch Vorzeigen des Mitgliedsbuches auszuweisen.

Mittenburg, 18. Jan. Die Generalversammlung des sozialdem. Vereins war nur schwach besucht. Leider gibt es Mitglieder, die

erhaltene Prote...

g fand hier eine...

Demokraten be...

verein und die...

Der Parteitag der deutschen Volkspartei...

Der Kampf in Braunschweig...

Der Parteitag der deutschen Volkspartei...

Der Parteitag der deutschen Volkspartei...

Arbeiter! Abonniert den Volksfreund

Interesse fürs Kartenspiel haben, als für Parteiangelegenheiten.

Arbeiterfeste.

Jöhlingen, 21. Jan. Am Sonntag, 19. Januar, hielt die 'Freie Turner-Gesellschaft'...

St. Georgen i. Schw., 20. Jan. Unter Teilnahme der Arbeiter-Gesellschaft 'Freiheit'...

Letzte Post.

Der Parteitag der deutschen Volkspartei findet dieses Jahr in Würtemberg statt...

Der Kampf in Braunschweig. Braunschweig, 23. Jan. Die Ansammlungen auf den Straßen dauerten gestern bis in die späten Abendstunden...

Schuh-Bruder zugesandte 10 Gedichte. Nr. 8. Ich glaub' es ist nicht schwer zu raten, Nun, wenn Ihr's wollt, ich will's Euch sagen...

Schuh-Bruder, Schuhmachermeister, Schuhwaren-Handlung, Hirschstraße 10, nahe Kaiserstraße.

umfassende Vorkehrungen getroffen, um eine Wiederholung der Straßenzüge zu verhindern.

Der Kampf geht weiter.

Berlin, 23. Jan. Nach einer Mitteilung des 'Vorwärts' hat die sozialdemokratische Fraktion in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen...

Armer Freisinn!

Berlin, 23. Jan. Für den Schluß der Weiterberatung der Interpellation über das preussische Wahlrecht stimmten außer den Konservativen...

Giltige Wahlen.

Berlin, 23. Jan. Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags erklärte in ihrer heutigen Sitzung die Wahl der Abgeordneten Dr. Will-Strasburg...

Revision im Harden-Prozess.

Berlin, 23. Jan. Das im Prozeß Wolke-Harden ergangene Erkenntnis, das etwa 50 Folioseiten füllt, ist jetzt schriftlich dem Angeklagten zugestellt worden.

Keine Abschaffung des § 175.

Berlin, 23. Jan. Die Budgetkommission des Reichstags ging am Donnerstag über eine Petition des wissenschaftlich-humanitären Komitees auf Abschaffung des § 175 des St.G.B. zur Tagesordnung über.

Soldatenschilder.

Köln, 23. Jan. Der Feldwebel Wietke des 4. Grenadier-Regiments in Kalkenborg wurde wegen Soldatenmishandlung in 280 Fällen vom Kriegsgericht der 2. Division nach dreitägiger Verhandlung zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Marokko.

Paris, 23. Jan. Im heutigen Ministerrat gab Clemenceau bekannt, daß die Anhänger Wuley Sefids bei Serrat 600 Mann verloren und daß französischerseits nie daran gedacht worden sei, in Serrat eine Besatzung zurückzulassen.

Karneval-Gesellschaft des Männergesangsvereins Karlsruhe 1908. veranstaltet in den festlich beleuchteten, eigens für Seine närrische Gabeit den Prinzen Karneval hergerichteten Sälen der 'Drei Linden'...

Privatspargelgesellschaft Karlsruhe. Die zur Abrechnung vorgelegten Sparbücher werden gegen Rückgabe der ausgestellten Bescheinigungen Mittwoch, 22. Januar, nachmittags von 2 bis 5 Uhr...

Arbeiter! Abonniert den Volksfreund. Karlsruhe, den 21. Januar 1908, Der Verwaltungsrat.

Die Gerüchte über angebliche Zwischenfälle im Kabinett wegen der marokkanischen Angelegenheit mehren sich.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Zentral-Verband Deutscher Brauereiarbeiter.) Die geplante Brauereiarbeiter-Verammlung in Forchheim findet umstände halber nicht statt.

Briefkasten der Redaktion. J. W. M. Rein, dazu sind Sie nicht verpflichtet. Mühlburg. Wie man angefaßt der Tatsache, daß S. A. in der gestrigen Nummer die Parlamentsberichte volle 8 Seiten füllten...

Briefkasten der Expedition. L. M., Radolfzell. 500 Stück 74 M., 1000 Stück 82 M. Wenn Größe wie unter Unterhaltungsblatt nur 40 ed. 46 M.

Die Knall-Erbs. erscheint in diesem Jahr wieder. Einwendungen für den textlichen oder den Inzeratenteil adressiere man: Redaktion Volksfreund (Knall-Erbs.) Karlsruhe Luisenstraße 24.

Sängerbund Vorwärts 1890 Karlsruhe. Sonntag den 26. d. M., Tanzausflug nach Durlach in das Gasthaus zur Blume, Hauptstraße 2.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. Einladung. Samstag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, im Restaurant Rühler Krug.

17. Stiftungs-Fest. mit reichhaltigem Programm unter Mitwirkung hervorragender Kräfte u. d. Arbeiter-Gesangsvereins Bruderverbund. Karlsruher Verein steht entgegen.

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe.

Mittwoch, den 29. Januar, abends präzis 1/9 Uhr, in Saale der Restauration Möhrlein, Kaiserstraße 13

Jährliche General-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Tätigkeits- und Kassenbericht des Vorstandes
 2. Regelung der Vereinsbeiträge.
 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
- Wir ersuchen unsere Mitglieder um recht zahlreiche Beteiligung an der Generalversammlung. Den Mitgliedern geht vor der Generalversammlung der gedruckte Jahresbericht zu.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiterverband

Markgrafenstraße 26, Karlsruhe. — Telefon 2098. Sonntag den 26. Januar, nachmittags punkt halb 2 Uhr, im Café Nowack, (oberer Saal) Nowackanlage 19

Jährliche General-Versammlung

- Tagesordnung:
1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr.
 2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
 3. Wahl eines Ortsbeamten für Gaggenau.
 4. Beschlussfassung über das neue Ortsstatut.
- Anträge, welche in dieser Versammlung zur Beratung kommen sollen, müssen bis spätestens Montag den 20. Januar bei der Ortsverwaltung eingereicht sein.
- Das Mitgliedsbuch legitimiert zum Eintritt.

Karlsruhe.

Samstag den 1. Februar, abends punkt halb 9 Uhr, in Saale der Restauration Möhrlein, Kaiserstraße 13

Großer Experimental-Vortrag.

Die Geschichte und Grenzen des menschlichen Wissens und Forschens.

Vortragender: Herr Leo Erichsen aus Berlin, zurzeit der größte Gedächtniskünstler der Gegenwart.

Eintrittskarten, à 20 Pfg., sind bei allen Einkassiern, wie auch im Geschäftslokal zu haben.

Zahlreichem Besuch obiger Versammlungen steht entgegen

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe. Samstag, den 25. Januar, abends 1/7 Uhr, in der Restauration Köllener, Ecke Wilhelm- und Werberstraße.

Generalversammlung der Maschinenarbeiter.

Vertrauensmännerversammlung Montag, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Fortuna, Ecke Wald- und Blumenstraße.

Gesangverein Cassalia

Kommenden Sonntag, den 26. Januar, vormittags 11 Uhr beginnend, bei Möhrlein, Kaiserstraße 13

Großer Frühshoppen

verbunden mit Instrumental- und Vokalkonzert, wozu wir unsere Mitglieder sowie Freunde höflich einladen.

Bekanntmachung.

Neu eingetroffen: **Grosser Posten**

hochfeine **Fantasie-Herrenwesten** 750

aus prima Seidensamt, in nur erstklassiger Verarbeitung, in allen Weiten, und verkauft solche ohne Rücksicht auf den Herstellungswert, so lange Vorrat

zum **Einheitspreis** von Mk. 750

Wert bis Mk. 20.—

Krawatten

in jeder Form, nur bessere Sachen, für Steh- und Stehmuldegetragen

3 Stück 95 Pfg.

Haus für Gelegenheitskäufe

Kaiserstr. 79 **Schoch** Kaiserstr. 79

Arbeitslosen-Versammlung.

Das Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe beruft hierdurch auf **Dienstag den 28. Januar, vormitt. 10 Uhr** in den Möhrlein'schen Saal, Kaiserstraße 13, eine

Arbeitslosen-Versammlung

ein. — Alle in Karlsruhe ansässigen Arbeitslosen werden aufgefordert, sich in der Versammlung einzufinden. Es handelt sich darum, festzustellen, welchen Umfang die Arbeitslosigkeit am Platze angenommen hat und diejenigen Maßnahmen zu beraten, die geeignet sind, die Not zu lindern. Es liegt daher im eigenen Interesse der Arbeitslosen, die Versammlung zu besuchen. Kosten erwachsen den Arbeitslosen durch den Besuch der Versammlung nicht, da in der Versammlung keine Getränke verabreicht werden dürfen.

Das Referat hat Arbeitersekretär **Willy** übernommen.

Das Gewerkschaftskartell Karlsruhe.

Malzkaffee Marke Turmberg

(gesetzlich geschützt)

ist unübertroffen in Wohlgeschmack und Bekömmlichkeit, regt nicht auf, daher für Gesunde wie Kranke gleich empfehlenswert. Vollständiger Ersatz für Bohnenkaffee. — Gratisproben an alle Verkaufsläden. — Verkäufer gesucht.

Durlacher Malzfabrik

in Durlach (Baden).

Raucht Eckstein-Zigaretten! Nr. 5



Diese rühmlichst bekannte Zigarettenmarke wird auch nach Einführung der Zigarettensteuer in derselben vorzüglichen Qualität u. Handarbeit hergestellt.

Preis: 10 Stück 25 Pfg.

Der enorme Konsum befähigt die Fabrik, die Zigarettenhandlungen stets mit frischer Ware zu versorgen.

Man verlange ausdrücklich:

Eckstein's Nr. 5

und prüfe genau, daß jede Zigarette die volle Firma „A. M. Eckstein & Söhne“ nebst Schutzmarke trägt. Leber 1000 Arbeiter.

Freie Turnerschaft Bulach.

Hiermit laden wir unsere werten Mitglieder des Vereins zu der am Samstag den 25. d. M., abends halb 9 Uhr, im Saalbau zur Traube stattfindenden

Generalversammlung

ganz ergebenst ein. Um Erledigung der Tagesordnung ist das Erscheinen aller notwendig.

Der Ausschuß.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unseres Sohnes

Emil Kögel

sowie für die zahlreichen Kranzspenden sprechen wir unsern tiefgefühlten Dank aus. Ganz besonders Dank dem Verbands der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten, sowie den Arbeitern des städt. Tiefbauamtes, welche ihn zur letzten Ruhe begleiteten.

Karlsruhe-Mühlburg.

Familie Kögel.

An- u. Verkauf

fortwährend getragene Herren- und Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen.

Frau Bertha Streckfuß, Brunnenstraße 5, Eingang Durlacherstraße.

Badanstalt.

Kapellenstraße 64. Empfehle bestingerichtete Wannenbäder mit kalter und warmer Douche 4891 Preis mit Wäsche . . . 40 8 Abonnements f. 12 Bäder 4.00 f. 6 Bäder 2.00

Carl Schreyer.

Walhornstr. 48, 2. Stod. möbliertes Zimmer auf logisch oder 1. Febr. vermieten.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburtsbote vom 21. Jan.: Otto Benz von Gohlbach, Maler hier, mit Marie Vach von Bruchsal. — Jakob Schmitt von Altenheim, Wäcker hier, mit Marie Grampp von Stadt Karlsruhe. — Gustav Daul von hier, Anstreicher hier, mit Olga Werner von hier. — Arthur Stanelle von hier, Eisenbahnassistent hier, mit Ella Bisel von hier.

Todesfälle: 19. Jan.: Leopold Weibel, Oberlehrer an D., ein Schwamm, alt 64 Jahre. — Johannes Schmidt, Rentier, ein Witwer, alt 67 Jahre.

Schuhwaren!

Empfehle mein großes Lager in Schuhwaren aller Art zu billigsten Preisen.

W. Fr. Müller, Mühlburg, Geibelstraße 4, beim Bahnhof. Kein Laden.

Glaserlehrling

gesucht auf Ostern oder später. Näh. b. d. Erped.

Zimmermann-Lehrling gesucht.

Für sofort ein tüchtiger fleißiger und ehrsüchtiger Lehrling gesucht. Zu erfragen Markgrafenstraße 36 bei Lud. Meißner, Zimmermeister.

Geschäftsempfehlung.

Allen meinen früheren Kunden vor Beginn des Konsumjahres und auch sonstigen Belagern empfehle mein Lager in Sozialwaren.

J. Mühle, Douglasstraße 32, Kaiserstraße 97, Telefon 1691.

Fleisch anschauen.

Morgenstr. 53 wird dem morgen Samstag ab

Prima Fleisch

ausgehauen, das Pfd. zu 64 Pfg.

Vogelfutter.

einzelu und in bestbewährten, gut gereinigten Mischungen für Kanarienvogel, Finken, d. u. s. w. u. s. w. v. d. g. e. l. Weichsel, Papageien etc.

La Sommerrübsamen.

Praktische und sauber gearbeitete Vogelkäfige, Eisen- u. Transportkäufe etc. sowie sämtliche Artenfutter zur Vogelzucht und Pflege. Niederlage der Pöschner Vogelfutter.

Carl Weiß Röh., Samenhandlung, Bahringstraße 96, gegenüber dem Rathaus.

Eiserne Kinderbettchen

neu, elegant, für nur 12 Mk. Kameliaschöndivan, gut gearbeitet, vornehmes Muster, nur 48 Mk., Regulatur, gut gehend, m. Schlagwerk für nur 10 Mk. zu verkaufen.

Douglasstr. 30. par.

2-Zimmerwohnung.

geräumig und luftig, mögl. mit hoch- und Kaminofen, in der Südstadt gesucht. Offert. unter F. B. 100 a. d. Erp. b. d.

Zu kaufen gesucht.

Wer die höchsten Preise erzielen will, für Kupfer, Messing, Zinn, Blei, altes Eisen, Wäcker, Eisenkammern, sowie Zeitungsmaschinen, richte seine Adresse an

Karl Kreis, Morgenstr. 22

Schobstr. 16, 3. Durlach

möbliertes Zimmer sofort oder später zu vermieten.

Eine Frau sucht Beschäftigung in Haus

und Stridarbeit. Werberstraße 10, 5. 4.

Bernhardinerhund

alt, glatthaarig, ist gut zu verkaufen. Bulach, Neue Anlagestraße 18.

Silowagen gut erhalten

billig zu verkaufen. Lammstraße 5 3.

Die
Belleit
lichten, be
Finanzdeb
wei Hau
logischen
Wurzeln
und die S
Als er
Er hatte
Seine Red
nicht glück
einanderge
stapfen a
berühren
nes eine
er sich alle
dieses hatt
Sandgerich
Wittwoch
ter zu Dar
Zentrums
mit dem 2
es kann no
Bald m
zu je m b
Himmten i
angeleg
Bolemig
die Waldm
Sofischer
obachter".
kenntnis a
es sich gl
religiös hi
traite berli
Wer was
Partei. G
im Jahre